



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 45.

Berlin, den 3. Februar 1918.

12. Jahrgang.

Eine Friedensaktion der Berliner Arbeiterschaft.

Berlin, den 30. Januar 1918.

Politischer Streik.

Seit dem 2. Januar befinden sich einige Hunderttausende Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen im Streik. Nicht um die sonst üblichen Streikforderungen handelt es sich bei dieser Massenbewegung, nicht um Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit und dergleichen, sondern um Forderungen, die sich aus der gegenwärtigen gespannten politischen Situation ergeben. Handelt es sich doch um die Entscheidung, ob die Völker sich zu Friedensverhandlungen herbeilassen sollen, und zwar über einen Frieden, der Dauer verspricht und gedeihliche Zusammenarbeit der Völker ermöglicht. Bei dieser Entscheidung handelt es sich um Leben und Gesundheit von Hunderttausenden, ja Millionen, um eine unwägbare Summe von Menschenglück, um die wirtschaftliche und politische Zukunft der Völker. Das Schicksal des Volkes wie das des Einzelnen hängt von dieser Entscheidung ab. Nicht mit Unrecht hat der militärische Mitarbeiter der „Voss. Ztg.“ die gegenwärtige politische Situation der Spannung gleichgestellt, die in den Julitagen 1914 auf den Völkern lastete.

So wie die Dinge heute noch liegen, müssen wir von vornherein darauf verzichten, die Ereignisse der letzten Tage so zu würdigen, wie sie nach unserer politischen Überzeugung gewürdigt werden müßten. Wir müssen uns zurzeit nur darauf beschränken, die Ereignisse zu registrieren, und auch das kann nur in unzulänglicher Weise geschehen.

Zur Stunde, in der diese Zeilen geschrieben werden müssen, erstreckt sich der Streik auf fast alle Betriebe der Rüstungsindustrie, hat aber auch auf andere Betriebe übergegriffen. Die meisten Zeitungen konnten am 30. Januar nicht erscheinen. Da die Bewegung noch weiter um sich greift, läßt sich zurzeit über Umfang und Verlauf nichts Abschließendes sagen.

Der „Vorwärts“, der im Gegensatz zu seiner bisherigen Haltung, dieser Streikbewegung sympathisch gegenüberstand, ist am 29. Januar verboten worden, weil er „entgegen einer bestehenden, allgemein gültigen Zensurverfügung eine Aufforderung zum Massenstreik veröffentlicht hat“.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat beschlossen, daß die Gewerkschaften Neutralität zu wahren haben, ein Beschluß, über den später noch mancherlei zu sagen sein wird.

Aus den Versammlungen der einzelnen Betriebe heraus ist von den Streikenden ein Arbeiterat von ca. 500 Arbeitern gewählt worden, der einen aus 10 Arbeitern und einer Arbeiterin bestehenden Ausschuß gewählt hat. Hinzugezogen zu diesem Ausschuß sind sechs sozialdemokratische Abgeordnete, und zwar von der Unabhängigen Sozialdemokratie die Genossen Haase, Ledebour und Dittmann, von der sozialdemokratischen Partei die Abgeordneten Ebert, Scheidemann und Braun.

Die Einheitslichkeit der Bewegung verbietet zurzeit eine Auseinandersetzung mit der Abhängigen Sozialdemokratie. Wir behalten uns aber vor, die bisherige Haltung der Partei zu den Kriegs- und Friedensfragen im allgemeinen und zu den obenstehenden Forderungen im besonderen näher zu untersuchen.

Am 29. Januar sollte eine Deputation von 5 Arbeitern und 4 Abgeordneten mit dem Staatssekretär Wallraf verhandeln. Der Herr Staatssekretär lehnte die Verhandlung mit den

Arbeitern ab. Darauf wurde eine Abordnung, bestehend aus den Abgeordneten Haase und Scheidemann und zwei Arbeitern, abgesandt, die dem Herrn Staatssekretär mitteilen sollten, daß der Aktionsausschuß einstimmig beschlossen habe, daß nur unter Zuziehung der Arbeiter verhandelt werden könne. Ueber den weiteren Verlauf der Verhandlungen mit dem Regierungsvertreter ist uns zur Stunde nichts bekannt.

Der Chor der Gegner!

Bereits am Sonnabend, den 26. Januar, hielt es der Staatssekretär Wallraf für notwendig, seine Stimme gegen die Streikbewegung zu erheben. Im Hauptausschuß des Reichstages hatte der Abgeordnete Naumann von einem Flugblatte gesprochen, das zum Streik aufforderte. Dazu führte Herr Wallraf aus:

„Die verbündeten Regierungen seien sich der Pflicht der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit unter allen Umständen bewußt. Er habe aber von der Arbeiterschaft, der er in seiner früheren Tätigkeit jahrelang nahegestanden sei, eine viel zu hohe Meinung, als daß er glaube, auch nur ein kleiner Teil könne einem so unverantwortlichen Ruf zum Ausstände Folge leisten. Wir stehen in Verhandlungen über einen Sonderfrieden mit Rußland. Daß wir nur über einen Sonderfrieden verhandeln, ist doch nicht unsere Schuld. Von Deutschland ist die Friedensresolution des Reichstages ausgegangen. Im gleichen Sinne hat Deutschland die Pazifnote beantwortet. Mit Zustimmung der deutschen Delegierten ist von Prest-Witowski aus der Ruf zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen an alle unsere Feinde ergangen. Was war die Antwort von der anderen Seite? Fast immer Schweigen oder höhnvolle Zurückweisung! Wenn wir trotzdem uns jetzt etwas der Atmosphäre des Friedens nähern, dann danken wir das nicht nur unserer Friedensneigung, sondern auch der Einheit und Kraft, die wir bis heute Gott sei dank bewahrt haben.“ Wenn es den Feinden gelänge, die innere Front zu zerbrechen, dann würden alle ihre Verabredungen wieder aufwachen, der Krieg würde ins Unendliche verlängert und gerade die Arbeiterklasse hätte wirtschaftlich und politisch die schwersten Folgen. „In den letzten Tagen ist hier viel von den Heimkriegern gesprochen worden, die von der Erde ihres Stammlandes aus Hunderttausende Soldaten in den Tod senden. Heimkriegler, die leichtfertig über Gut und Blut anderer verfügen, sind auch meine Leute nicht. Aber es gibt auch noch eine andere Art von Heimkriegern, und das sind die schlimmsten, die in aller Heimlichkeit und in sicherer Deckung ihrer eigenen Person die Arbeitermassen an die Front des Wirtschaftskrieges schicken; denn ein solcher Wirtschaftskrieg bricht auch die Front draußen und bringt den Männern Tod, die auch für Heimat, Weib und Kind des Arbeiters streiten. Und im gleichen Augenblick, in dem die deutschen Räder stillstehen, werden die Räder der Munitionsfabriken in Frankreich, England und Amerika doppelt emsig schaffen.“ Der Staatssekretär erwähnte schließlich das bekannte Gedicht unseres Genossen Karl Bröger an das Vaterland, das mit den Worten schließt: „Herrlich zeigt jetzt deine größte Gefahr, daß dein armer Sohn auch dein treuester war.“ „Alle Stände, reich und arm, haben gewetteifert in der Treue zum Vaterlande. Daß auch die deutsche Arbeiterschaft in dieser Verantwortlichkeit treu ausharrt, das ist und bleibt mein fester, zuverlässiger Glaube.“

Der von Herrn Wallraf zitierte Karl Bröger hat übrigens in der „Fränkischen Tagespost“ folgende Antwort an die Adresse des Herrn Staatssekretärs gerichtet:

„Zum zweiten Male widersähet meinem Gedicht „Bekennnis“ die Ehre eines Zitats in öffentlicher Reichstagsverhandlung und wieder klingt dieses Zitat vom Regierungstisch her. Es scheint, daß die Regierungsmänner die bewußten zwei Zeilen des Gedichtes endgültig dem Schatz ihrer politischen Schlagworte einverleibt haben. Dazu muß doch gesagt werden: Das Gedicht „Bekennnis“ ist Ende 1914 entstanden, in einer Zeit also, da wir dem Krieg noch gefühlsmäßig ganz anders gegenüberstanden als im vierten Kriegsjahr. Ich habe bei den Versen ganz unpolitisch gedacht, bedauere es aber nicht, daß

sie recht bald politisch aufgefaßt und verwendet worden sind. Natürlich besteht auch nicht der mindeste Anlaß, das Gefühl, dem die Verse entflohen sind, heute zu verleugnen. Nur muß klar und deutlich gesagt werden: An das Deutschland der Tirpitz und Reventlow, der „Vaterlandspartei“ und der Eroberungspresse ist in dem Gedicht mit keinem Wort gedacht. Gemeint ist das neue freie Deutschland, das Deutschland politischer und bürgerlicher Gleichheit und Gerechtigkeit. Für dieses Deutschland haben seitdem Hunderttausende gebliutet.

Staatssekretär Wallraf hat die Verse mit einer Spitze gegen die Arbeiterschaft versehen. Er ruft mich als Schwurzeugen für die Vaterlandsliebe des deutschen Arbeiters auf. Ich kann dagegen nichts tun, aber ich möchte doch zu bedenken geben, daß seit Ende 1914 die Welt nicht stillgestanden hat. Drei Jahre schmerzvollsten Erlebens liegen zwischen jenem Gedicht und heute, wie für mich, so auch für Millionen Menschen auf der ganzen Welt. Wir lieben unser Land, aber wir lieben auch die blutende, leidende Welt. Soll das kleinere Gefühl das größere ausschließen? Wenn deshalb vom Regierungstisch wieder ein für die Stimmung der Massen bezeichnendes Wort zitiert werden soll, so empfehle ich den Herren diese Verse aus einem Alt „Spartakus“ von mir:

„Die neue Welt will ohne Mord bestehn
und dieses Amtes fühlst sie sich berufen:
Den Menschen schätzen und sein heiliges Recht!
Zum Throne führt den Geist, der Taten weicht,
und herrschen soll mit ihm nur die Gewalt,
die alles Recht, das auf die Welt geboren,
um seines reinen Tafels willen ehrt:
Gewalt der Liebe!“

Wir scheint, daß diese Verse die herrschende Sehnsucht der Völker sehr viel unmittelbarer treffen als jenes Zitat aus meinem Gedicht „Bekennnis“ und ich würde mich mehr als über das Zitat von gestern freuen, wenn bald von den Regierungstischen dieser neue Geist aus ehrlicher Überzeugung sprechen würde.“

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die christlichen Arbeitervereine, mit denen die Legien, Bauer usw. in engster Bundesbrüderschaft im verschauommenen „Freiheits- und Vaterlandsbunde“ zusammen marschieren, haben geharnischte Erklärungen gegen den Streik vom Stapel gelassen, wodurch die famose „Neutralitätserklärung“ der „freien“ Gewerkschaftsführer noch eine besondere Beleuchtung erhält.

In einer Sitzung des Zentralrats der deutschen Gewerkschaften (H.-D.) wurde folgende Erklärung angenommen:

„Durch Mitteilungen aus den Kreisen der Mitglieder und durch zum Teil anonyme Flugblätter ist dem Zentralrat zur Kenntnis gelangt, daß von unverantwortlicher Seite versucht wird, die Arbeiter allgemein zur Arbeitsniederlassung zu veranlassen. Die aus den vorliegenden Flugblättern mit aller Deutlichkeit hervorgeht, handelt es sich dabei um eine Demonstration zur Erreichung politischer Ziele. Dabei wird die durch die Lebensmittelnappheit hervorgerufene Erregung benützt, um die Arbeiter zur Teilnahme am Streik zu bewegen.“

Der Zentralrat hält nach wie vor eine schleunige Abstellung der auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung bestehenden Mißstände für dringend notwendig. Insbesondere muß dafür gefordert werden, daß die vorhandenen Vorräte vollständig erfasst und in gerechter und gleichmäßiger Weise verteilt werden und daß nach keiner Richtung hin eine Bevorzugung erfolgt. Eine allgemeine Streikbewegung würde aber nach Ansicht des Zentralrates nur eine Vermehrung der Schwierigkeiten zur Folge haben. Es besteht anherdem die Gefahr, daß dadurch die freiheitliche Entwicklung im Innern, wie insbesondere die Reform des preussischen Wahlrechts eher erschwert als erleichtert wird. Der Zentralrat verurteilt deshalb jene, das Volkswohl schädigenden Bestrebungen auf das schärfste, und die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften und alle auf freiheitlich-nationalem Boden stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen eindringlich, sich an ihnen zu beteiligen, und erwartet von ihnen, daß sie alle Aufforderungen, die Arbeit niederzulegen, entschieden ablehnen, sowohl im vaterländischen, wie im wohlverstandenen eigenen Interesse.“

So sehen die Leute aus, mit denen die Mitglieder der freien Gewerkschaften auf höheren We-

fehl in einem Bunde zusammen gehen müssen, der das Wort „Freiheit“ sträflich mißbraucht.

In der liberalen Presse werden mit sauerfüßer Miene einige Forderungen der Streikenden als „nicht ganz unberechtigt“ bezeichnet, im übrigen aber sucht man vom Standpunkte des wohlwollenden Bourgeois den Arbeitern begreiflich zu machen, daß sie mit ihrem Streik ein Verbrechen begehen.

In der reaktionären Presse tobt man nach Oldenburgischem Muster gegen die Streikenden. Es ist die alte Formärz-Weisheit: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten!“, die hier mit neu-deutsch-patriotisch-kriegertischer Tunte seruiert wird. Besonders hübsch lieft sich in der „Deutschen Tageszeitung“, die erst vor kurzem die Arbeiterschaft als „die große Masse der Ungewaschenen“ bezeichnete, folgendes Stimmungsbild über den Streik: „Im Straßenbild macht sich der Streik lediglich durch zahlreichere Gruppen jugendlicher Bummler bemerkbar, die angefaßt ihres Reklamierendaseins ja auch ein besonderes Recht zum Faulenzen und zum Landesverrat nach Hindenburgischem Urteil haben.“

In den Straßenbahnen, auf Plätzen usw. wurde folgendes Plakat in Massen ausgehängt oder verteilt:

Was Hindenburg über das Streiken denkt!

„Jede noch so unbedeutende Arbeitseinstellung bedeutet eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft und stellt sich mir dar als eine unfähbare Schuld am Heere und besonders an dem Mann im Schützengraben, der dafür bluten müßte.“

(Aus einem Briefe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an den Chef des Kriegsamts Generalleutnant Gröner im April 1917.)

Daß übrigens auch die Gelben ihren Glück über die Streikbewegung ausgesprochen haben, ist von diesen braven Staatsstützen selbstverständlich.

Die politischen Begleiterscheinungen.

Im inneren Zusammenhange mit den Forderungen der Streikenden stehen die parlamentarischen Vorgänge, die sich am 24., 25. und 26. Jan. im Hauptausschusse des Reichstages abgespielt haben, sowie der politische Nachhall der großen österreichischen Streikbewegung. Dort hat Graf Czernin unter dem Eindruck einer imposanten Massenbewegung für den Frieden zwei Reden gehalten, die vom Standpunkte des internationalen Sozialismus aus zwar noch lange nicht befriedigend, aber immerhin eine entgegenkommende Friedensbereitschaft ausdrückten. Vor allem erklärte Graf Czernin, daß er Rußland keinen entehrenden Frieden aufzwingen wolle. Weiter erregte bei Czernins Rede sein Eingehen auf Wilsons Friedensprogramm Aufsehen und die Bemerkung, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Amerika Verständigungsmöglichkeiten gegeben seien.

Aus den Reden der deutschen Regierungsvertreter klang dagegen ein solches Entgegenkommen an den Friedensgedanken nicht heraus. Am 24. Januar hielt der Reichskanzler Graf Hertling seine oft aufgeschobene Rede, über das deutsche Friedensprogramm, eine Rede, die wieder einmal das Kunststück zeigt, daß man mit vielen Worten nichts sagen kann. Graf Hertling hat nach berühmten Mustern in unklarer und zweideutiger Form gesprochen. Betrachtet man aber seine Rede im Zusammenhang mit den Anschauungen jener Mächte, die in Deutschland zurzeit ausschlaggebend sind, dann erkennt man, daß von ihr für den Frieden nichts zu erwarten ist und daß der Gedanke an direkte oder indirekte Eroberungen in den ausschlaggebenden Kreisen noch lange nicht tot und begraben ist. Der Entente gegenüber fühlt sich nach Graf Hertling die deutsche Regierung in keiner Weise gebunden, die belgische Frage soll nicht „vorweggenommen“ werden, Nordfrankreich ist ein „wertvolles Faustpfand“ in der Hand Deutschlands und im Osten bleibt man bei der von Brest-Litowsk her bekannten Politik. Nimmt man dazu die Berufung auf die überaus günstige militärische Lage, so ergibt sich daraus, daß die deutsche Reichsleitung ferner denn je von dem Gedanken an einen baldigen allgemeinen, ganz zu schweigen von einem demokratischen Frieden ist.

Herr v. Kühlmann hat dann am 25. und 26. Januar mit diplomatischer Beredsamkeit seine Friedenspolitik in Brest-Litowsk verteidigt. Besonders lebhaft hat er als Aristokrat und Junstdiplomat sich über die schlechten Manieren der Bolschewiki-Delegation sowie über die Sucht Trojki, die Friedensfrage vom Standpunkte

seiner Theorie und Weltanschauung aus anzupacken, beklagt. Als ob Herr v. Kühlmann und die Mächte, die ihm zur Seite stehen, die Friedensfrage nicht auch nach einer bestimmten Doktrin zu lösen suchten, einer Doktrin, die freilich nicht die des internationalen Sozialismus und des Proletariats, wohl aber die des diplomatischen Imperialismus ist.

Die Redner der bürgerlichen Parteien haben sich mit mehr oder weniger Entschiedenheit hinter die Regierung gestellt. Die oratorischen Wenn und Aber, die einige liberale Herren zum Besten

Verstärkter Belagerungszustand. Bekanntmachung.

Auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimme ich:

1. Für das Gebiet der Städte Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Neukölln, Berlin-Lichtenberg, Spandau und der Landkreise Teltow und Niederbarnim hebe ich bis auf weiteres den Artikel 7 der preussischen Verfassungsurkunde auf.

2. Für die genannten Gebiete setze ich hierdurch außerordentliche Kriegsgerichte ein (§ 10 fg. des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851).

3. Die außerordentlichen Kriegsgerichte beginnen ihre Tätigkeit am 2. Februar 1918.

Der Oberbefehlshaber in den Marken:

v. Kessel, Generaloberst.

Artikel 7 der preussischen Verfassung, der durch diese Verordnung aufgehoben wird, lautet:

„Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte und außerordentliche Kommissionen sind unstatthaft.“

Eine Erklärung

des Oberbefehlshabers in den Marken.

W. T. B. verbreitet folgende Bekanntmachung:

„Nachdem ich nunmehr den Verstärkten Belagerungszustand eingeführt habe, will ich die Bevölkerung nicht im Zweifel darüber lassen, daß ich jeden Versuch, die Ruhe und Ordnung zu stören, mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken werde.“

Ich warne daher jeden ordentlichen Bürger, sich irgendwie an öffentlichen Zusammenkünften zu beteiligen.“

Jedermann gehe ruhig seinen Pflichten nach und halte sich von Aufständen fern; bei dem Gebrauch der Waffe läßt sich ein Unterschied zwischen Ruhestörern und Unbeteiligten nicht machen.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.

v. Kessel, Generaloberst.

geben, machen der Regierung keine Kopfschmerzen, sie weiß, was sie von der treudeutschen Opposition dieser Herren zu halten hat. Schärfere Töne schlugen die Herren Scheidemann und David an, aber — vor Lische las man es anders.

Inzwischen haben die Verhandlungen in Brest-Litowsk wieder begonnen. Auch Trojki ist dorthin zurückgekehrt.

Die Eriskräfte des österreichischen Massenstreiks.

Der Wiener Spezialkorrespondent des „Berl. Tageblattes“ machte in einer zusammenfassenden Betrachtung über die große österreichische Streikbewegung folgende interessante Ausführungen über die Kräfte, die in ihr lebendig waren:

„Aus einer Betrachtung der Kräfte, welche die Bewegung tragen, und anderer für die Entwicklung maßgebender Verhältnisse, wird man am ehesten gewisse Schlüsse auf die Situation ziehen können. Der Gegensatz zwischen breiten Schichten der Arbeiterschaft und der sozialdemokratischen Parteileitung, der in dem gegenwärtigen Zustand zutage tritt, besteht tatsächlich schon seit langer Zeit. Besonders scharfen Ausdruck hat er auf dem letzten Parteitag gefunden, auf dem es der Parteileitung nur mit einiger Mühe gelungen ist, wenigstens die äußere Einheit der Partei aufrecht zu erhalten. Seither hat sich der Kreis jener Elemente, die mit der „opportunistischen“ Leitung der Partei unzufrieden waren, unter dem Einfluß der Vorgänge in Rußland und der wachsenden Friedenssehnsucht ständig vergrößert. Selbst für die Versammlungreden Viktor Adlers, des Vaters der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich, haben die Rufe: „Rußisch reden!“ häufig die Begleitmusik gebildet. Wenn jetzt die Parteileitung die Fühlung mit der Masse nicht vollständig verlieren will, so wird auch sie zunächst die radikalere Bewegung bis zu einem gewissen Grade mitmachen müssen, um nicht überrannt zu werden und in einem späteren Augenblick wieder Einfluß auf die Entwicklung nehmen zu können. Das ist wenigstens die Taktik, die ein Teil der sozialdemokratischen Abgeordneten für die nächste Zeit empfiehlt.“

In einem gewissen Sinne wird es dabei der gegenwärtigen Parteileitung zugute kommen, daß die radikalen sozialistischen Elemente eine eigentliche Organisation und ein konkretes politisches Programm bisher nicht besitzen. Eingepfercht in die einheitliche Parteilorganisation, haben sie bisher weder eine eigene Presse besessen, noch organisatorisch führende Persönlichkeiten hervorgebracht. Ihr geistiger Führer kann Otto Bauer genannt werden, der vor kurzem aus der russischen Gefangenschaft zurückgekehrt ist, sich durch seine Ansätze und seine Tätigkeit im Dienste der sozialdemokratischen Partei vor dem Krieg große Volkstümlichkeit, namentlich auch unter den jugendlichen Arbeitern, erworben hat, und durch sein umfassendes Werk: „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ auch außerhalb Oesterreichs bekannt geworden ist. In enger geistiger Verbindung mit den Radikalsozialisten stehen auch Robert Danneberg und Dr. Max Adler, die die Politik des Parteivorstandes im „Kampf“ und zum Teil auch in der „Arbeiterzeitung“ seit Beginn des Krieges auf das energischste bekämpft haben. Eine Persönlichkeit aber, um die sich die radikalsozialistische (um nicht zu sagen sozialrevolutionäre) Bewegung kristallisieren könnte, hat sich bisher nicht gezeigt. Friedrich Adler, der herauf zu sehen, der Führer des Radikalsozialismus in Oesterreich zu werden, ist durch seine Verurteilung nach dem Attentat gegen den Grafen Stürgkh zum Heiligen der radikal gesinnten Arbeiterschaft Oesterreichs geworden. (Es ist interessant, daß unter den Arbeitern bereits das Gerücht verbreitet ist, er sei vom Kaiser heute begnadigt worden.) Infolgedessen besitzt die breite Masse, die die Bewegung gegenwärtig trägt, auch kein positives, auf bestimmte Ziele gerichtetes Programm. Dieser Mangel einer führenden Persönlichkeit und eines leitenden Programms gibt der Regierung und mit ihr den ruhigeren Elementen in der sozialdemokratischen Partei die Hoffnung, daß die Bewegung nach einiger Zeit in sich zerfallen könnte, auch wenn es nicht gelingen sollte, sie zu beenden. Aber die Not der Stunde kann dem Radikalsozialismus in Oesterreich auch den organisatorischen Führer geben.“

Aus dem Reich

Kögen bei Abschluß unseres Blattes Meldungen vor aus Halle, Nürnberg, Hamburg, Berlin, München, Dortmund, Magdeburg und dem Ruhrgebiete, ohne genaue Zahlenangaben.

Ein Arbeiterprogramm.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat dem Reichstag ein „sozialpolitisches Arbeiterprogramm“ überreicht, das Zeugnis ablegt, wie die Gewerkschaftsführer immer mehr auf der von ihnen betretenen schiefen Bahn hinabgleiten. Dieses Arbeiterprogramm ist ein scharfer Protest gegen die Politik der russischen Bolschewiken, denn es wird darin versichert, die deutschen Arbeiter hätten nie daran gedacht, ihr Vaterland zu verraten und im Rücken der Vaterlandsverteidiger Revolution zu entfachen. Die deutsche Arbeiterschaft habe an Vaterlandsliebe, Gemeinsinn und Pflichterfüllung hinter keiner anderen Bevölkerungsklasse zurückgefallen und deswegen müßten selbst führende Männer des Bürgeriums die staatliche Notwendigkeit der Gleichstellung der Arbeiterschaft im öffentlichen Leben anerkennen.“

Klar und deutlich ist hier ausgesprochen: Wir denken nicht daran, uns das zu erkämpfen, was uns zukommt, das wäre ja Vaterlandsverrat — das machen die Russen, aber das tut kein anständiger deutscher Arbeiter.

Der Krieg habe die trennende Kluft zwischen den Volksgenossen überbrückt und in der gemelmten Not sei ein Stück Gemeinschaftsarbeit erwachsen: In die Hand des Staates ist es gegeben, diese Gemeinschaftsarbeit dauernd zu befestigen. In seiner Hand ruhen die Lose der Zukunft... Mögen den Regierungen in dieser

Seitenwende die rechten Berater zur Seite stehen, die die Vergangenheit mit unbefugter Entschlossenheit liquidieren und das Steuer auf die Zukunft, auf das neue Deutschland einstellen."

Man fragt sich vergeblich, bei wem die Gewerkschaftsführer mit diesem komischen Pathos Eindruck machen wollen. Etwa bei der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, bei den Konservativen des preussischen Landtages oder bei dem Großadmiral von Tirpitz und den sonstigen Führern der Vaterlandspartei?

Soweit es sich um das Gebiet der engeren Sozialpolitik (Arbeiterlohn, Arbeiterversicherung) handelt, bringt das Arbeiterprogramm nichts neues. Dagegen ist hervorzuheben, daß es die Verstaatlichung gewinnbringender Unternehmungen fordert. Und zwar wird die Monopolisierung des Kohlenbergbaues und des Kohlenhandels, des Kalibergbaues und der Aufbereitung der Kalisalze, der Gewinnung und Fernübertragung elektrischer Kraft, sowie des Getreidehandels gefordert. Hinsichtlich der Handelspolitik halten es die Gewerkschaftsführer für notwendig, den engeren Handelsverkehr und den Austausch mit den benachbarten Staaten dergestalt zu fördern, „daß die Zoll- und sonstigen Verkehrserschwerungen beseitigt oder nach Möglichkeit vermindert werden.“ Das solle in erster Linie für den Verkehr mit den „befreundeten Völkern“ gelten, auf deren Zusammenwirken uns natürliche und historische Verhältnisse angewiesen hätten. Hier haben wir noch einen Ausfluß des Nachgedankens gegen England, das mit höheren Zöllen bedacht werden soll als Mitteleuropa. Im übrigen ist die Stellungnahme der Gewerkschaftsführer zur Zollpolitik nicht weniger als klar, wenn sie auch eine „allmähliche Herabsetzung der Zölle auf Industrie- und Agrarprodukte und die Beseitigung aller Einfuhrerschwerungen und Ausfuhrprämissen“ fordern.

Wenn sich die Arbeiterklasse wirklich allen Einflüssen enthalt und keine Macht entfaltet, wie es die Gewerkschaftsführer predigen, dann wird man den Arbeitern sowohl bei der Schaffung von Monopolen als auch bei der Handelspolitik das Fell über die Ohren stehen.

Lohnarbeit und Kapital während des Krieges.

Es gab einmal eine Zeit, in der die sozialistische Tagespresse und die Gewerkschaftspresse sowie die sonstige sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsliteratur ihre Hauptaufgabe darin sah, die Arbeiter über ihre Lage aufzuklären, sie mit den Zusammenhängen des wirtschaftlichen Lebens bekannt zu machen und sie so in den Stand zu setzen, ihre gemeinsamen Interessen erfolgreich gegen ihre politischen und wirtschaftlichen Gegner zu verteidigen. Jetzt liegt diese Zeit schon weit hinter uns. Gleich man heute in die Tageserzeugnisse der Mehrheitssozialisten und in die gewerkschaftliche Literatur, so finden wir statt der „trodenen theoretischen Abhandlungen“ schillernde Verwünschungen darüber, wie so herrlich weit wir es mit Hilfe der Arbeiterorganisation schon gebracht haben. Und alle die schönen Abhandlungen schließen in der Art von Kellamerschriften geschäftstüchtiger Kaufleute mit der Anpreisung eben dieser Arbeiterorganisationen. Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß in den Schlussversen einige sonst übliche Tropfen fehlen. Man redet nicht sozial über bevorstehende ernste Kämpfe, sondern mehr über die „bewährten Methoden positiver Arbeit“ usw.

Je länger der Krieg dauert und je deutlicher seine Wirkungen jedem Einzelnen fühlbar werden, umso weniger wollen die immer und immer wiederholten Melodien über die herrlichen Erfolge gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeit verfangen. Die Menschen und insbesondere die Arbeiter beginnen skeptischer zu werden. Die vermeintlichen Realpolitiker, die den „ideologischen Haarspaltereien“ abgeneigt sind, werden wieder müchtig. Die Hochkonjunktur für die glänzenden schriftstellerischen Erzeugnisse der Untertanen geht zu Ende. Die Diktator und die Kritiker, die sich zu Beginn des Krieges nach dem Worte einer Gewerkschaftsgröße besänftigen in die Ecke stellen sollten, finden wieder Gehör. Ein Beweis dafür ist die Tatsache, daß die Leipziger Buchdruckerei A. G., von der vor einigen Monaten begründeten „Sozialdemokratischen Gewerkschaftsbücherei“ Ende 1917 bereits das zweite Heft (Paul Lange, Lohnarbeit und Kapital während des Krieges) herausbringen konnte. Der Verfasser hat seine Arbeit in drei Abschnitte eingeteilt. Im ersten Abschnitt zeichnet er die oberflächliche Auffassung, die in den Gewerkschaften gang und gäbe ist, in jeder Lohnver-

hung einen „gewerkschaftlichen Erfolg“ zu erblicken. Schon Karl Marx hat in seiner 1849 veröffentlichten Schrift über „Lohnarbeit und Kapital“ gezeigt, daß nicht jede Lohnverhöhung eine wirkliche Verbesserung der Lage der Arbeiter ist. Nein, Lohnverhöhungen können sogar mit einer Verschlechterung der Klassensituation der Arbeiter einhergehen, wenn nämlich der Unternehmerprofit gleichzeitig stärker steigt, als es der Lohn tut. Der Abstand in der Lebenshaltung der Unternehmer und der Arbeiter vergrößert sich in diesem Falle trotz der steigenden Löhne.

Nicht nur in Gewerkschaftskreisen, nein auch in den Köpfen der sonstigen Mehrheitssozialisten spielt bei der Rechtfertigung ihrer Haltung im Kriege folgendes Argument eine ausschlaggebende Rolle: Die deutschen Arbeiter haben mit Hilfe ihrer Organisationen vor dem Kriege ihre Lage beträchtlich ver-



Stärkt die Unabhängige sozialdemokratische Organisation!

Nur der Sozialismus kann die Menschheit von Not und Elend vom wirtschaftlichen und politischen Druck erlösen. Dafür muß der Einzelne kämpfen. Geführt wird der politische Kampf von politischen Organisationen. Sie zu stärken und sie zu einem einflussreichen Faktor im öffentlichen Leben zu machen, das sollte Pflicht eines jeden politischen Unterdrückten sein.

In Groß-Berlin vereinigen die Sozialdemokratischen Wahlvereine alle die Männer und Frauen, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze stehen und für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpfen.

Erfülle jeder seine Organisationspflicht und erkläre seinen Beitritt zum sozialdemokratischen Wahlverein des Reichstagswahlkreises.

An die Bezahler des Mitteilungsblatt!

Die Bezahler des Mitteilungsblatt werden dringend ersucht, alle Bestellungen und Geldsendungen, die für das Mitteilungsblatt bestimmt sind, nur an die persönliche Adresse des Kassierers

Kass. Herbst, Berlin O²⁷, Schicklerstr. 5, zu richten. Alle anderen Adressierungen, wie „An den Verband“, „An das Mitteilungsblatt“ oder an „Adolf Hoffmann“ haben mit großen Schwierigkeiten und Verzögerungen zu rechnen.



bessern. Das war nur möglich, weil die deutsche Volkswirtschaft blühte. Verliert Deutschland den Krieg, so ist es mit dieser Blütezeit, folglich auch mit dem verhältnismäßigen Wohlstand der deutschen Arbeiterschaft vorbei. Dies ist in kurzen Worten zusammengefaßt auch der Inhalt einer vor einiger Zeit von den Regierungsozialisten herausgegebenen Schrift „Die Haltung der Sozialdemokratie im Lichte der wirtschaftlichen Aufgaben“.

Diese neue Theorie von der Gemeinsamkeit der Interessen der Unternehmer und Arbeiter, die auch in dem „Arbeitsgemeinschaftsgedanken“ in der Gewerkschaftsliteratur vielfach Ausdruck gefunden hat, entspringt der oben in Langes Broschüre geschilderten oberflächlichen Auffassung über die Bedeutung von Lohnveränderungen. Als das gemeinsame Interesse an dem Wohle des Wirtschaftslebens hat. Schon Karl Marx in der erwähnten Schrift über Lohnarbeit und Kapital hingewiesen. Er ist aber dabei nicht, wie die Wilmig, Leipziger und Konsortien lebengeblieben, sondern hat ausführlich dargelegt, wie durch das stärkere Anwachsen des von den Unternehmern eingeholten Mehrwerts sich die Kluft zwischen den kapitalistischen und den Arbeitern erweitert und nicht verringert. Und aus dieser Erkenntnis heraus hat Karl Marx schon

1805 davor gewarnt: „Die Gewerkschaften sollen das Ergebnis ihrer notwendigen täglichen Kämpfe nicht überschätzen und nicht ausschließlich in Lohnkämpfen aufgehen“. Nicht „ein gerechter Tagelohn für einen gerechten Arbeitstag“ soll ihre endgültige Lösung sein, sondern die Abschaffung des Lohnsystems. Die Gewerkschaften sind notwendig als Sammelpunkt des Widerstandes gegen die Uebergriffe des Kapitals. Sie verfehlen aber ihren Zweck, wenn sie den an sich gewiß wichtigen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des gegenwärtigen Lohnsystems nicht benutzen, um auf die Abschaffung der kapitalistischen Wirtschaft hinzuwirken.

Lange untersucht nun in seiner Schrift, ob die Marx'schen Auffassungen durch die Tatsachen während des Krieges bestätigt worden sind. Anhand zahlreichen, meist von den Gewerkschaften selbst zusammengetragenen Materials zeigt er, wie das Wachstum der deutschen Industrie vor dem Kriege wohl allmählich steigende Löhne zur Folge hatte, aber auf der anderen Seite die Unternehmerprofite häufig geradezu märchenhaft anwachsen. Und diese Entwicklung ist in den Kriegsjahren unter dem Burgfrieden, der auch von den Gewerkschaftsführern gefördert worden ist, geradezu treibhausmäßig vortwärtsgewand. Lange schildert sie in dem zweiten Abschnitt seiner Schrift durch ein erhellendes Tatsachenmaterial.

Im dritten, kürzesten Abschnitt zeigt der Verfasser, wie sich namhafte Gewerkschaftsschriftsteller mit dieser ungünstigen Entwicklung der Klassensituation der Arbeiterschaft abfinden. „Die Gewerkschaftsführer übergeben diese Zusammenhänge mit Stillschweigen, sie weichen ihnen aus — weil sie sonst gezwungen wären, sich selbst ein vernichtendes Urteil zu fällen: Die Zeit des von ihnen gepriesenen Burgfriedens hat den relativen Arbeitslohn bedeutend gesenkt, hat somit die wirtschaftliche Lage der Arbeiter verschlechtert und hat das Kapital für die wirtschaftlichen Kämpfe der künftigen Friedenszeit mächtiger werden lassen als es jemals gewesen ist.“

Die Schrift ist äußerst nützlich, da sie zum ersten Mal auch weiteren Kreisen zeigt, was es mit dem Geschwätz von dem glänzenden wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse in den letzten Jahren vor dem Kriege und während des Krieges auf sich hat. Dann ist sie aber auch geeignet, die Arbeiterschaft anzusprechen, sich der von den Führern ihrer gewerkschaftlichen Organisationen in den letzten Jahren befolgten Schaumfängererei zu widersetzen und wieder wahrhaft praktische Arbeiterpolitik in den Gewerkschaften zu leisten.

Aus den Gewerkschaften.

In drei Generalversammlungen beschäftigte sich die Filiale des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen und Wäscharbeiter mit der seit Kriegsausbruch von der Generalkommission betriebenen und von den Gewerkschaftsvorständen gedeckten Politik. Nach lebhafter Debatte gelangte folgende Resolution mit großer Mehrheit zur Annahme:

„Die Endaufgabe der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterorganisationen kann nur die Befreiung der Arbeiter von jeder Unterdrückung und Ausbeutung, die Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft, selbst sein.“

Bei allen wirtschaftlichen Kämpfen und Errungenschaften auf dem Lohn- und Arbeitsgebiet darf die Arbeiterklasse dieses Ziel nicht aus dem Auge lassen, denn nur dieses läßt sie Niederlagen überwinden. Das Klasseninteresse steht über dem nationalen Interesse. Zumal die kapitalistischen Staaten im wesentlichen Produkte der rohen Gewalt und des Völkerraubes sind.

Vorherrschende Grundgedanken der Arbeiterorganisationen sind auf verschiedenen Kongressen als Richtschnur anerkannt worden.

Aber die Generalkommission der Gewerkschaften wie auch der Hauptvorstand des Schneiderverbandes haben im Interesse der kapitalistischen Kriegs- und Eroberungspolitik das Klasseninteresse der Arbeiter beiseite gestellt.

Der Politik des 4. August folgte der wirtschaftliche Burgfrieden, obwohl die Ausbeutung und Verelendung der Arbeiterklasse durch Wucher, Höchstpreispolitik der Regierung und nicht zuletzt durch die allgemeine Entwertung der Geldmittel ungeliebte Formen angenommen hat.

Obwohl die Gewerkschaften bisher bemüht waren, aus ihren Reihen die Politik fernzuhalten, haben die Generalkommission und die Gewerkschaftsvorstände ihre ganzen Mittel aufgebracht, um die Gewerkschaftsmitglieder im Sinne der sozialdemokratischen Mehrheitspolitik zu beeinflussen. So in der Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre vom 27. Januar 1915 und den Kundgebungen vom 29. Juni und 5. Juli 1915.

Die Generalversammlung der Filiale Berlin des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands hat gegen die vorerwähnte gekennzeichnete Tätigkeit der allerschärfsten Protest ein. Sie protestiert ferner gegen die Vergewaltigung der

Demokratie innerhalb der Organisation. Der Wille der Mitglieder muß das oberste Gesetz sein. Die Funktionen können nur das Werkzeug des Willens der Mitglieder sein. Jede Intransigenzpolitik ist zu bekämpfen. Und den Mitgliedern muß innerhalb der Organisation das Recht der freien Meinungsäußerung gewährleistet sein.

Die Generalversammlung der Filiale Berlin des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands fordert daher, daß die Führer zu den alten Grundfäden zurückkehren und rufen die Kollegen im Reich auf, sich eingehend mit diesen wichtigen Lebensfragen der Arbeiterorganisationen zu befassen, mit denen sich der nächste Verbandstag zweifellos beschäftigen wird.

In der Fachzeitung der Schneider und Schneiderinnen veröffentlicht der Vorstand eine Erklärung, in der er darzulegen versucht, daß die Resolution im allgemeinen nicht von gewerkschaftlichen, sondern von politischen Gesichtspunkten ausgeht und daß die angeführten Grundfragen auf den bisher stattgefundenen Verbandstagen und Gewerkschaftskongressen nicht als Richtschnur aufgestellt worden seien.

Die sogenannte Politik des 4. August sei außerdem aus einer Situation entstanden, wie solche vorher aus keinem Gewerkschaftskongress beraten werden konnte. Der Vorstand müsse aber den Vorwurf zurückweisen, im Interesse der kapitalistischen Klasse- und Eroberungspolitik das Klasseninteresse der Arbeiter beiseite gestellt zu haben. Die Erwiderung ist in keiner Weise geeignet, die in der Resolution niedergelegten Feststellungen nach irgendeiner Richtung hin zu erschüttern.

Aus der Zeit.

Aus Mecklenburg wird von einer Robe eines Rittergutsbesizers gegen einen Schnitter berichtet, die auf unsere heutigen „freiheitlichen“ Zustände ein bezeichnendes Licht wirft und die zeigt, daß es auch bei uns noch moderne Sklavenhalter gibt, die glauben, in ihrem Herrrücken sich alles herausnehmen zu können. Man lese folgenden Gerichtsbericht:

Der Rittergutsbesitzer Wilh. v. Dörzen zu Roggow bei Neubukow und sein Gutsjäger Bandolin hatten sich vor dem Schöffengericht Neubukow wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung des Schnitters Wisniewski zu verantworten. Der Gutsjäger traf den Schnitter auf dem Felde, wo der geschnittene Weizen in Garben gebunden lag und der Schnitter Wehren abschnitt und in einen Sack steckte. Der Schnitter gibt an, daß er die Körner für Malzaffee zum eigenen Verbrauch verwenden wollte. Der Jäger suchte den Schnitter zu zwingen, den Sack mit dem Inhalt, angeblich 50 Pfund, zum Gutshof zu bringen, und um dieses zu erreichen, verabreichte er ihm etwa ein Duzend Schläge mit seinem Handhoh, und drohte von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen, falls er zu entweichen versuche. Rittergutsbesitzer von Dörzen drohte dem Schnitter mit Anzele, was dieser zu unterlassen hat, worauf von Dörzen erklärte, ihn durchprügeln zu wollen. Damit soll der Schnitter sich einverstanden erklärt haben. Durch ein in Blengow ausgebrochenes Schandfeuer wurde die Aufmerksamkeit nach dort gerichtet und aus dem Durchprügeln wurde nichts; es wurde eben verschoben. Am folgenden Tage hat v. Dörzen den Schnitter geholt, ist mit ihm in den Park gegangen und hat ihn aufgefordert, sich ganz auszuziehen — was bis auf die Stiefel geschah, die zu fest saßen. Dann hat er ihn die Arme um einen entsprechenden Baum strecken lassen und nun die Hände mit einem Lederriemen zusammengebunden. In dieser Stellung hat er dem Schnitter dann mit einer Reitpeitsche eine Anzahl Hiebe auf den nackten Körper versetzt und als der Geschlagene vor Schmerzen um den Baum zu springen suchte, hand Herr v. Dörzen einen zweiten Riemen um Baum und Körper des Geschlagenen und schickte dann das Schlagen fort. Das Umbinden des zweiten Riemens stellt Herr v. Dörzen in Abrede, wie er auch die Zahl der erteilten Hiebe auf 10, es könnten vielleicht auch 12 gewesen sein, angibt, wogegen der Geschlagene unter Eid behauptet, wohl 50 Hiebe bekommen zu haben. Dem vor Schmerzen schreienden Schnitter wurde das Schreien verboten unter der Androhung, ihm werde sonst der Mund zugestopft, und nach Beendigung des Prügelns wurde er wieder zur Arbeit gesandt. Der mit ihm arbeitende B. Nillge bekundet als Zeuge, daß der Rücken des Geschlagenen mit blutunterlaufenen Striemen bedeckt war. Der mit der Feststellung des Tatbestandes beauftragte Gendarmerie-Wachtmeister bekundete den gleichen Befund. Nach acht Tagen ging der Schnitter zum Arzt, um eine Bescheinigung über seinen Zustand zu erhalten, wurde aber abgewiesen. Der Antrag des Antragsanwalts lautet gegen v. Dörzen auf 3 Monate Gefängnis, gegen den Jäger Bandolin auf 10 Tage Gefängnis. Das Urteil lautet gegen v. Dörzen auf nur 1 Monat Gefängnis und gegen den Jäger auf 40 Mk. Geldstrafe. — Ein sehr „gnädiges“ Urteil!

Unterernährung und Lebensversicherung. Im „Berliner Börsencourier“ lesen wir: Der Weltkrieg mit seinen Ernährungs Schwierigkeiten hat eine Anzahl bedeutungsvoller Erscheinungen auch auf dem Gebiete der Lebensversicherung gezeigt, die bisher gänzlich unbekannt waren. Die lange Dauer des Krieges hat die Sterblichkeitsziffer unter der Zivilbevölkerung bedeutend erhöht gegenüber der Friedenszeit. Von dieser Tatsache ist das Lebensversicherungsgeschäft besonders schwer betroffen worden. Die skandinavischen Lebensversicherungsgesellschaften werden in Kürze diese Krage gemeinsam beraten und planen, wenn der Kriegszustand noch länger andauern sollte, eine Erhöhung der Prämienlage.

Arbeiter-Bildungsschule.

Schillerstraße 6. Eingang durch die kleine Tür im Eisengitter.

Sonntag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, findet der vierte Vortrag des Genossen Fritz Kunnert über die Kunst des Vortrags statt.

Sonntag, den 10. Februar, beginnt der Vortragszyklus der Genossin Käthe Dunker über Erziehungsfragen.

Eintrittspreis für Sonntagsvorträge 20 Pf.

Donnerstag, den 14. März, wird der Bezirks-Bildungs-Ausschuss im großen Saale des Lehrervereinshauses einen Kunstabend veranstalten, über den Näheres noch bekannt gegeben wird.

Die Mitglieder der Wahlvereine sei die Benutzung der reichhaltigen Bibliothek der Arbeiterbildungsschule empfohlen, die unentgeltlich zur Verfügung steht. Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch, Hörerkarte usw.

Aus den Organisationen.

Tagel. Der Jahlabend findet am 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Sorrerin, Schlingerstr. 10, statt. Tagesordnung: Vortrag des Landtagsabgeordneten Gen. Hofers. Ortsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Bezirksleitung.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 3. Februar, vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neukölln, Idealpassage, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 48 bei D. Wamp: „Freireligiöse Vorträge.“ — Vorm. 10 1/2 Uhr, Al. Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: Mutter Erde. — Gäste willkommen.

Quittung.

4. Kreis. Zum Pressefonds: Liste 1933 8,—, 2017 24,80, 2018 2,50, 2019 14,00, 2055 16,05, 2152 2,50, 2221 2,—, 2228 1,25, 2304 2,—, 2550 1,—, 2682 3,—, 2796 1,—, 2797 3,—, 2799 1,50, 2927 8,55, 2929 7,—, Summa 98,75 Mk., bereits quittiert 7411,60 Mk., Summa 7510,35 Mk.

4. Kreis. Für die Partei Liste 6002 1,—, 6054 5,—, 6708 1,10, 6724 6,90, 6737 9,—, 6775 1,—, 6799 2,30, 6840 30,—, 6857 2,—, 6872 2,50, 6887 5,20, Summa 86,10 Mk., bereits quittiert 424,36 Mk., Summa 490,46 Mk.

4. Kreis. Für die Sozialer Friedenskonferenz: Liste 8501 3,—, 8580 1,—, Summa 4,— Mk., bereits quittiert 716,05 Mk., Summa 720,05 Mk.

4. Kreis. Für die Partei. Wendi — 10, Bring R. u. H. 4,26, Balke 3,—, Dreiche, Hans 2,00, R. Jacob H. 2,20, Röwes 2,—, Jähring 5,—, Renzel 5,—, Poell 4,10, E. Rabner 2,—, E. Täuber 1,50, Broje 1,50, R. Pappsch 5,—, E. Neumann 1,50, Kollegen der Firma Lehmann, mechanische Werkstatt 2,— Mk.

Für den Pressefonds. 2. Kreis ungenannt d. R. G. 10,— Mk., Spandau-Osthavelland 222,70 Mk.

Von der Wasserkanne zur Wahlhilfe 5,— Mk. Von Gen. G. aus dem Felde zur Wahlhilfe 10 Mk., desgleichen für den Pressefonds 2,40 Mk. Von den Kollegen der Firma Manoli Kranzüberschuss Stadthagen 30 Mk. für Parteizwecke.

Für Unterstützung Inhaftierter: Genossen 19,65 Mk. d. Gen. Dorsch.

Kranzüberschuss von Stadthagen Firma Bergemann-Rosenthal, Verschlussfabrik 13,20 Mk. für Agitation der U. S. P. D.

3. Kreis. Pressefondslisten: Nr. 799 2,50, 803 1,—, 804 2,—, 810 1,—, 707 7,—, 708 3,—, 888 18,75, 759 2,—, 757 1,—, 755 1,70, 752 —,50, 737 2,50, Summa 42,95 Mk.

Listen für Friedensarbeit: Nr. 6586 30,— Mk. von den Tageländern der Firma Fed u. Kloppenburg, 6573 3,—, 6574 1,—, 6575 3,—, 6571 10,—, 6572 1,50, 6570 1,50, 6597 2,50, 6600 1,50 verloren, Summa 52,50 Mk.

6. Wahlkreis. Vom Kranzüberschuss des Genossen Stadthagen zum Beiten des Jugendheims, von den Arbeitern der Königl. Geschlagserei in Spandau 149,90 Mk. Für das Jugendheim von den Arbeitern von Schwarzkopf für November und Dezember 32,90 Mark. Genossin Lindemann, 15. Abt. für das Arbeiterjugendheim aus der Schererkasse 4,70 Mk. Ueberschuss vom Mitteilungsblatt der 13. Abteilung im Dezember für den Pressefonds 22,58 Mk.

Achtung! Mitglieder der U. S. P. D.

Kreis Teltow · Beeskow · Storkow · Charlottenburg.

Zahlt Eure Beiträge nur an die Kassierer und Zahlstellen der Opposition. Achtet auf Legitimationskarten und Bezirkslokal-Plakate.

Verhindert durch Eure Wachsamkeit, daß die Durchhalter Eure Groschen erschleichen.

Besonders die Neuköllner Genossen und Genossinnen seien aufmerksam gemacht.

Genossen, die aus dem Felde zurückgekehrt, versäumen nicht sich umgehend bei ihrem Wahlverein wieder anzumelden.

Der Kreisvorstand.

Das Verlangen nach guten Büchern

ist außerordentlich stark. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß im Verbandsbureau, Schillerstraße 5, Hof, 2 Treppen, noch ein Posten des Buches Kantke: „Rassenstreik“ zum Preise von 2 Mk., und eine Gedichtsammlung von Ludwig Bessert: „Fäden der Zeit“, zum Preise von 50 Pf., abgegeben wird, auch im einzelnen. Wer Bedarf hat, wolle sich an unser Bureau wenden.

Buchdruckerei

Maurer & Dimmick

SO 16, Köpenicker Strasse 36/38.

Anfertigung von:

Zeitschriften — Statuten — Quittungsmarken — Billets — Mitgliedsbüchern — Programmen sowie sämtlichen Drucksachen.

Verein „Arbeiter-Jugendheim“ Steglitz-Friedenau.

Hierdurch laden wir die Mitglieder zu der am Dienstag, den 5. Februar er., abends 1/9 Uhr, bei Clement, Steglitz, Düppelstr. 7, stattfindenden

General-Verammlung

mit dem Ersuchen um zahlreiches Erscheinen höfl. ein.

Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegervaters und Großvaters

Cari Bartsch

sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichen Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Maria Bartsch geb. Reuchel.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

2. Wahlkreis.

In einem deutschen Feldlazarett an seiner Verwundung gestorben ist unser Genosse

Fally Freisuh

Bezirk 218.

4. Wahlkreis.

Im Dezember fiel im Alter von 29 Jahren der Glaschleifer

Wilhelm Henniger

Koppenstr. 26, Bezirk 312.

Am 17. Januar verstarb an den Folgen des Krieges der Hausdiener

Richard Rabe

Magazinstr. 17, Bez. 259.

6. Wahlkreis.

Am 6. Oktober fiel unser Genosse

R. Weber

Sprengelstr. 22, Bez. 756, 16. Abt.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.

Bezirk Lichtenberg.

Nach langer Ungewissheit erhielten wir heute die traurige Nachricht, daß unser Genosse, der Gruppenführer, Metallarbeiter

Paul Mummert

Seumeistr. 13, 1. Viertel, 16. Gruppe,

als Opfer des Weltkrieges verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 27. Januar verstarb unser Genosse, der Schuhmacher

Heinrich Maas

Krautstr. 53, Bezirk 283 I.

Wahlverein Berlin-Mariendorf.

In der Nacht vom 25. zum 26. Januar 1918 verschied nach langen Leiden die Genossin

Maria Globig

Chausseestr. 296

an der Lungenschwindsucht.

Ehre ihrem Andenken!

Erklärung des gesamten Betriebspersonals der Buchdruckerei Maurer & Dimmich.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter des Betriebes haben durch 2tägigen Sympathiestreik ihre mit der allgemeinen Arbeiterschaft übereinstimmende Willensmeinung bekundet. Nach Rücksprache mit den zuständigen Instanzen halten wir es nunmehr für notwendig, die Arbeit wieder aufzunehmen, um das Erscheinen der Publikationsorgane der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften zu ermöglichen.

Die Zukunft des Sozialismus.

Man schreibt uns:

Als der Weltkrieg entbrannte und die sozialistische Internationale scheiterte, da jubelte die ganze bürgerliche Gesellschaft wie von einem Alpdruck befreit: Der Sozialismus, die sozialistische Arbeiterbewegung ist tot — tot für alle Zeiten! Als dann weiter der Staat dem in allen Zügen krachenden kapitalistischen Wirtschaftssystem helfend unter die Arme griff, der erwartete Zusammenbruch nicht eintrat, jubelte man abermals: Der Sozialismus ist tot — es lebe die bürgerlich-göttliche Weltordnung.

Bei dieser frohlockenden Genugtuung des Bürgertums allein blieb es jedoch nicht. Ein großer Teil der alten Sozialdemokratie glaubte den Augenblick für gekommen, nach diesen eben gewonnenen Kriegseindrücken eine gründliche Revision der bisherigen Gedankenwelt und der politischen Praxis vorzunehmen. Es war die Geburtsstunde des Regierungssozialismus. Dieses geistig und moralisch von vornherein entartete Kriegskind sang bald laut und lauter das Lied von der Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit. Für die Dauer des Weltkrieges verzichtete dieses weiseloze Monstrum bereitwillig auf den Befreiungskampf der Arbeiterklasse — und, so sabulierte man weiter, nach dem Kriege werde sich auf der nationalen Plattform die dauernde Verbrüderung zwischen Proletariat und Bourgeoisie vollziehen.

Das geistige Dasein des Regierungssozialismus konnte sich notwendigerweise nur in Illusionen und Pöffen offenbaren; mit jedem Tage wird diese Tatsache klarer: ob wir nun ihre konfuse ökonomischen Lehren oder ihre abenteuerlichen Don Quixotterien im Parlament rückschauend betrachten — es ist alles Illusion und Pöffe.

In jeder vbrigteitlichen Maßnahme zur Rettung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erblickten die naiven Biedermänner Bausteine zur sozialistischen Gesellschaft; drei Jahre wurden die Tribünen dieser Partei mit schönen Redensarten über Verständigungsfrieden, Demokratie und Parlamentarismus genasführt und da ist es wohl begreiflich, wenn an der Jahreswende 1917/18 in den eigenen Reihen besorgte Seelen die schicksalsschwere Frage aufwerfen: „Sind wir noch Sozialdemokraten?“ Von jener Seite auf diese Frage eine klipp und klare Antwort zu verlangen, ist natürlich nicht möglich; sich selbst die Wahrheit zu sagen, erfordert ein hohes Maß von Mut und von diesem seltenen Gut besitzt der Regierungssozialismus leider nicht mehr ein Fünkchen.

Würde sich die Zukunft des Sozialismus lediglich in den bürokratisch-diplomatischen Instanzen des Regierungssozialismus verkörpern, so wäre diese Frage aus dem kommenden Weltgeschehen sicher verschwunden. Aber die gesellschaftliche Entwicklung schreitet über den Theaterboden eines Scheidemann und über die Harmoniedufolei eines Legien unaufhaltsam hinweg. Je länger der Krieg dauert, enthüllen Kapitalismus und Imperialismus ihren wahren Charakter. Brennt denn je macht die Lage der Proletarier aller Länder das sozialistische Problem, aber die Vollendung kann nicht erfolgen nach dem regierungssozialistischen Reglement: einen Schritt vorwärts und zwei zurück, sondern die proletarische Politik muß das fürmische Entwicklungstempo der kapitalistischen Gesellschaft noch zu beschleunigen und zu meistern suchen.

Gegenüber der ersten Kriegszeit, der Periode des nationalen Kampfes, hat sich die Situation in der Endphase des Weltkrieges total verändert. Im Osten hat das revolutionäre Proletariat den zaristischen Imperialismus ebenso vernichtend auf Haupt geschlagen wie die heute- und machthungrige imperialistische Bourgeoisie. Heute hält man auch dem Sozialismus keine Grabreden, sondern die Reaktion rüht sich einem Kreuzzug gegen ihn und die nachdenklichen und Einsichtigen fragen sich bangend: Was soll das werden — welche Zukunft hat der Sozialismus?

Der Regierungssozialismus (es ist gut, darauf immer wieder hinzuweisen!) quält sich aus Gründen der Selbsterhaltung nicht mit diesen Schicksalsfragen, er schleppt sich mühselig von dem Heute in das Morgen, er hat vollauf zu tun, seine unhaltbare Position zu verteidigen. Der Opposition ist es leider nicht möglich, auszusprechen, was ist, und so ist man schon genötigt, in die Fälle der bürgerlichen Literatur zu greifen. Wir wählen für heute ein von Theodor Breuer im Verlag der Görres-Gesellschaft in M. Gladbach erschienenen Schriftchen (16 Seiten, Preis 20 Pf.). „Führt der Krieg zum Sozialismus?“ Der auf katholisch-christlichem Standpunkt stehende

Verfasser behandelt sein Thema mit viel Objektivität und Sachkenntnis. Den Sozialismus hat er jedenfalls tiefer und richtiger erfasst als manche regierungssozialistische Größe, die sich brühet, mit der Wissenschaft des Jahrhunderts ausgerüstet zu sein.

Mit feststehenden Argumenten lehnt Breuer den Kriegssozialismus ab. Die Gewaltakte der Regierung haben „mit Sozialismus nichts zu tun“. „Der Sozialismus wird uns von seinen Anhängern dargestellt als das natürliche Ergebnis aus der mit dem Kapitalismus verbundenen technischen und organisatorischen Entwicklung, kurz: als eine Frucht, die der Kapitalismus selbst zum Reifen bringt. Der Kriegssozialismus jedoch ist keineswegs eine aus den technischen und organisatorischen Fortschritten sich entwickelnde Frucht des Kapitalismus. Er ist eine Kette von Verwaltungsmaßnahmen der Behörden. Die von ihm ausgehende Gleichmäßigkeit ist nicht die Frucht der Erkenntnis von der Notwendigkeit freiwilliger Ein- und Unterordnung, wie sie die sozialistische Zukunftsgesellschaft voraussetzt; es handelt sich dabei vielmehr um einen nur unwillig ertragenen Zwang von außen. Von diesem Gesichtspunkt aus kann man im Grunde genommen eher zu einer Verneinung der Frage kommen, ob der Krieg zum Sozialismus führt.“ Mit derselben erfreulichen Offenheit läßt Breuer Kritik an den sonstigen Maßnahmen der Regierung, an dem Hilfsdienstgesetz und den damit verbundenen Konsequenzen. Der Regierungssozialismus ist zwar auch von diesen Kriegseinrichtungen entzückt, weil es seine ureigsten Werke sind und weil sie die Morgenröte des Sozialismus bedeuten sollen; aber hören wir, was dieser Vertreter eines gemäßigten christlichen Sozialismus dazu sagt: „Der Sozialismus will das höchstmögliche Glück der größtmöglichen Zahl, er will ungehemmte Entwicklung und Entfaltung, er will ständiges Aufwärtsgang und entsprechende Ein-

Genossinnen und Genossen!

Werbt für Euer Mitteilungsblatt! Sorgt für seine weite Verbreitung! Schickt das Mitteilungsblatt ins Feld, damit unsere Genossen, die draußen schwere Pflichten erfüllen, sich über die Parteivorgänge, insbesondere über die Groß-Berlin, unterrichten können.

Der „Vorwärts“ ist nicht mehr das Organ der Berliner Arbeiterklasse und der Berliner Parteigenossen; er hat diesen Anspruch längst verwirkt. Das beweist er selber taatäglich.

Sett andere Parteiblätter an seiner Stelle, insbesondere unser „Mitteilungsblatt“!

stellung der gesamten Erzeugung; er will bestmögliche Bedürfnisbefriedigung. Was aber sehen wir jetzt, namentlich auch im Anschluß an den vaterländischen Hilfsdienst? Die Bedürfnisse des Einzelnen und der Gesamtheit treten weit zurück hinter die Bedürfnisse des Staates, der mit starker Faust eingreift in das Leben und Streben des einzelnen Menschen und der Gesellschaft. Und dann: ist es Entwicklung in dem vorgenannten Sinne, die wir vor uns sehen? In vielen Dingen sehen wir im genauen Gegenteil einen Krebsgang, Rückentwicklung. Wir sehen beispielsweise, wie die Errungenschaften des Arbeiterschutzes, die ohne Zweifel ein großer sozialer Fortschritt waren, durch den Krieg ganz beiseite geschoben worden sind. Wir sehen ferner eine ausgedehnte Frauenarbeit, die in diesem Umfange alles eher ist als ein sozialer Fortschritt. Mit einem Worte: Was hier für die Entwicklung in der Richtung zum Sozialismus angeführt worden ist, widerspricht in härtester Weise dem Geiste des Sozialismus.“ Diese Kennzeichnung ist so sachlich und treffend, daß wir dem nichts zuzufügen haben.

Die sozialistische Internationale und ihre Grundlagen betrachtet Breuer als völlig gescheitert; er benutzt zu diesem Zweck etwa die Argumente eines Renner. Doch er ist so einsichtig, beide Seiten zu hören, indem er den begeistertsten Vertreter des Staatsgedankens A. Binnig und den ebenso begeistertsten Internationalisten Max Adler sprechen läßt. Und das Resultat? Der Internationalismus macht zum Schluß folgende Ausführungen: „Tritt nicht, je länger der Krieg dauert, der Gegensatz zwischen den einzelnen Klassen innerhalb der Nation immer schärfer hervor? Das Proletariat sehnt sich längst nach Frieden und erstrebt ihn mit allen Mitteln, einen Frieden unter Schonung des andern. Die Vertreter des Industrialismus und des Feudalismus jedoch wollen nichts von einem Frieden wissen; ihnen liegt an einer Verlängerung des Krieges oder doch höchstens an einem solchen Frieden, der das eigene Land zum weltbeherrschenden macht. Die Auffassung von der Nation ist hier in der schärfsten Weise ausgeartet. Die Nationalität wird zur unzulässigen Vertreterin des Standpunktes von der Weltgeltung des eigenen Landes, und zwar von einer rein äußeren Weltgeltung, nicht etwa einer solchen, der es auf weltumfassende Kulturförderung ankommt.“

Breuer läßt so das Für und Wider sprechen und er zieht aus allem dem den Schluß, daß sich „manches feststellen läßt, was auf ein Kommen des Sozialismus nach dem Kriege hinweist“. Vor allem andern aber

spricht dafür die „Ueberspannung des kapitalistischen Systems“. „Es drängt sich jedem nachdenkenden Menschen immer mehr die Ueberzeugung auf, daß der Hochkapitalismus, indem er zum Imperialismus wurde, an diesem Kriege nicht unschuldig ist.“ Die Folge dieser Ueberspannung des kapitalistischen Systems ist, daß eine lächerliche Minderheit über die Geschichte der Völker entscheidet. „Ist es denn nicht so, daß alle Völker, die den heutigen Krieg führen, es entrüsten abliehen, diesen Krieg gewollt zu haben? Trotzdem mußten sie in den Krieg eintreten. Man denkt mit Schauern daran, daß ebenso wie Karl Marx auch mancher tiefe katholische Denker des vorigen Jahrhunderts den Krieg gewissermaßen als Form der kapitalistischen Akkumulation bezeichnet hat.“

Anknüpfend an Hilfsdienst erörtert Breuer weiter die Wirkungen des Finanzkapitals. Alles das deutet auf Ueberspannung und Ueberreife des Kapitalismus hin. Aber noch wichtiger ist, daß der Arbeiter diese Zusammenhänge zu erkennen beginnt und dementsprechend handelt und denkt. Der Arbeiter erkennt im Zusammenhang mit den technischen Fortschritten seinen Wert und seine Unentbehrlichkeit für den Arbeitsprozeß. Das rasch steigende Bildungsweien zieht nach und nach den Schleier von immer mehr Geheimnissen des Produktionsvorganges ab. In gleichem Maße wächst die Erkenntnis von der Abhängigkeit, große Teile der Produktion auf der Grundlage gemeinsamen Zusammenwirkens, kurz: der Vergesellschaftung zu führen. Daher erübt immer lauter der Ruf nach einer Förderung der Produktion, die gleichzeitig Menschenbefreiung verheißt, der Ruf nach einer solchen Regelung der Produktion, die diese auf die Bedarfsdeckungswirtschaft einstellt, im Gegensatz zu der bisherigen Einstellung auf das schrankenlose Erwerbstreben. Und insofern der Krieg diese Ideenrichtung zu verstärken vermag, insofern führt er zum Sozialismus.“

So weit recht gut. Und mancher vermeintliche Sozialist, der heute im kapitalistischen Staat den Heiland des Proletariats sieht oder wenn anders in der rückwärtslosen Anwendung des brutalen Systems Taylor den rettenden Anker gefunden zu haben glaubt, so kann er aus Vorbehalten lernen. Aber hier verläßt uns auch die Weisheit unseres Autors. Nachdem er wiederholt mit Hilfe der marxistischen Methode an der kapitalistischen Gesellschaft eindringliche Kritik übte und durchaus folgerichtige Schlüsse daraus zog, begibt er sich am Ende mit philosophischer Ruhe auf das Gelände des christlichen Sozialismus, eine Leistung, zu der ein beneidenswertes Maß von Abstraktion gehört.

Die Arbeiterklasse aber wird gut tun, sich auf ihre welthistorische Mission zu besinnen. Die ökonomische Entwicklung führt zwar zum Sozialismus, aber die sozialistische Gesellschaft will erkämpft sein. Der Kapitalismus ist ökonomisch und technisch reif, um dem Sozialismus Platz zu machen, allein es fehlt der starke Geburtsstößer, das heißt, die politische Reife der Arbeiterklasse.

In der politischen Reife der Arbeiterklasse ruht die Zukunft des Sozialismus!

Die Zensur vor dem Reichstags-Ausschuß.

Am 22. und 23. Januar beschäftigte sich der Hauptausschuß des Reichstages weiter mit Zensur und Belagerungszustand. Inzwischen waren die österreichischen Vorgänge bekannt geworden, trotz aller Zensurmaßregeln, außerdem waren auch „Vorwärts“ und „Berliner Tageblatt“ verboten worden. Zur Rechtfertigung der Zensur verfuhr der Vertreter des Kriegsministeriums, Major Braun, aus:

„Der Chef des Kriegs-Presseamtes habe die Vertreter der Presse eingehend über das Verbot der Erörterung der Vorgänge in Oesterreich informiert. Die Entente habe diese Vorgänge mit Jubel begrüßt. Der Zensurstelle war am Abend des 20. Januar bekannt, daß zwei Blätter, darunter der „Vorwärts“, Artikel vorbereitet hatten. Die Redaktionen wurden gebeten, die Artikel zurückzuziehen. Der „Vorwärts“ hat das nicht getan, sondern auch noch einen andern Artikel gebracht, der die Solidarität mit dem österreichischen Proletariat betonte.“

Nach ihm sprach Genosse Haase: Die Gründe, welche die Zensurstelle für das Verbot des „Vorwärts“ angibt, sind ungenügend. Sie erklärt, daß Fragen von erheblichem militärischen Interesse ihre Haltung bestimmt hätten und nennt als erstes, daß die Verpflegungslage in England sehr trübe sei, was übrigens schon wiederholt behauptet wurde und sich als unrichtig erwiesen habe. Aber selbst wenn es richtig wäre, welchen Einfluß kann es auf die Stimmung in England haben, wenn in der deutschen Presse Berichte über Oesterreich-Ungarn stehen, denn die österreichische Presse hat jeden Tag bis Sonnabend ausführliche Berichte über die Lage im Lande gebracht und aus dieser österreichischen Presse konnte also England alles erfahren. Zweitens sagt die Zensurstelle, nachträglich sei der Streit auf politisches Gebiet übergegangen und wenn das die Entente erfahre, dann würde das die Kriegsmüdigkeit bei ihr vergrößern. Aber auch das brauchte sie nicht aus der deutschen Presse zu holen, denn die Presse des In- und Auslandes hat ja darüber ausführliche Berichte gebracht. Also das Verbot des „Vorwärts“ mit dieser Begründung wäre ein Spießbürgerverbot. Aber das ist ja gar nicht der wahre Grund, sondern die Presse soll eben so schreiben, wie die Zensurstelle ihr diktiert, also auch dann nicht objektiv, sondern das Urteil der deutschen Bevölkerung soll gefälscht werden durch das, was die Zensurstelle mitteilt, und das ist immer im Sinne der Militär-

parfel, und ein solches Verbot konnte sich ereignen gerade in der Woche, wo alle Parteien hier im Aus-
sitz dringende Beschwerden darüber führten, daß die
Zensur das politische Leben knebele und die Regierung
Zusicherungen gab, daß die Zensur in Zukunft milder
gehandelt werden würde. Es ist unerhört, daß alle
Nachrichten aus Oesterreich für die deutsche Presse
unterdrückt werden.

Das Verbot des „Vorwärts“ schließt sich an an eine
Reihe anderer schändlicher Verbote zahlreicher Blätter.
Aber das es gerade jetzt erfolgt, das drückt ihm den
Stempel auf. Der Artikel des „Vorwärts“ verlegt
nicht die Zensurvorschriften, er redet nicht von Streit,
aber die Zensur hat eben das politische Urteil, das
der „Vorwärts“ über die Vorgänge in Oesterreich
fällte, unterdrücken wollen. Die Regierung meint, sie
müsse diese Vorgänge vor der deutschen Arbeiter-
schaft verheimlichen. Aber das ist unmöglich; und wenn
später erst alles bekannt wird, dann ist die Erbitterung
um so größer. Die deutschen Arbeiter
haben vollste Sympathie für das Vor-
gehen ihrer österreichischen Brüder und
wenn sie schon früher Kenntnis davon
gehabt hätten, dann würden sie schon
früher dieser Sympathie Ausdruck ge-
geben haben, wie sie ihr nun später
Ausdruck geben werden.

Die folgende Debatte bot, von Einzelheiten aus
den Reden des Konservativen v. Gräfe und des Abg.
Stresemann abgesehen, das Bild einmütiger Ableh-
nung des gegen den „Vorwärts“ und gegen die Presse
überhaupt beliebten Verfahrens.

Abg. Scheidemann betonte, die Solidarität
mit dem österreichischen Proletariat sei doch selbstver-
ständlich. Der Artikel konnte nur mißverstanden wer-
den, weil man von den Vorgängen in Oesterreich nichts
wusste. Abg. Stresemann scheint nicht zu wissen, daß
man der alldeutschen Presse alles gestattet habe, der
anderen Presse aber selbst die Abwehr verbot. Woher
hat die Zensur gewußt, daß solche Artikel erscheinen
sollen? Von der Redaktion des „Vorwärts“ hat nie-
mand ein Wort davon gesagt, daß ein solcher Artikel
in Vorbereitung sei. Der Redaktion ist mit keinem
Worte gesagt worden, daß das Zensurverbot am
Montag aufgehoben werde. Major Braun hat ja auch
ganz offen zugegeben, daß man mit voller Absicht
nur den „Vorwärts“ verboten habe. Das kennzeichnet
dieses Verbot als eine Schikane. Wo sind in dem
Artikel militärische Interessen gefährdet? Man läßt
auch jetzt noch keine Nachrichten durch, stellt sie viel-
mehr erneut unter Zensur. Unter diesen Umständen
hat die Aufhebung des Zensurverbotes gar keinen
Sinn. Sorgen Sie dafür, daß das Verbot des „Vor-
wärts“ sofort aufgehoben wird, damit die deutsche
Arbeiterkraft nicht auf den Gedanken kommt, daß erst
andere Mittel angewendet werden müssen, ehe man
dem Recht zu seiner Geltung verhelfen kann.

Schließlich trat Genosse Dr. Cohn energisch für
Freigabe des „Vorwärts“ ein. Uebrigens sei die
Handhabung der Verbote in ganz Deutschland gleich-
mäßig. Redner fragt die Regierung um Auskunft,
von welcher Zentralstelle diese Anordnungen aus-
gehen. — Auf diese Frage erfolgt keine Antwort!

Danach gab Abg. Heine eingehende Darlegungen
gewisser Rechtsfragen. — Abg. Dr. David wies darauf
hin, daß in der Türkei der Belagerungszustand bereits
ganz aufgehoben sei.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen:

In der Budgetkommission wurde am Mittwoch die
Debatte über Belagerungszustand und Zensur zu Ende
geführt. Es wurde ein vom Unterausschuß mit 6 gegen
4 Stimmen beschlossener Antrag angenommen,
für Fragen der Zensur, des Vereins- und Versammlungs-
wesens den Reichskanzler, und für die übrigen
Anordnungen der Militärbehörden eine militä-
rische Zentralinstanz als Aufsichts- und Beschwerde-
stelle einzusetzen. Ferner wurde folgender Antrag
Dr. Cohn (U. S.) zum Schluß angenommen:

Hebt das Reichsmilitärgericht die Schutzhaft oder
Aufenthaltsbeschränkung auf, so darf der Militär-
befehlshaber nicht auf einen vom Reichsmilitär-
gericht bereits beurteilten Tatbestand eine neue
Mafregel einer dieser Arten fällen.

Abgelehnt wurde der Antrag Dittmann
(U. S.), der verlangte,
„daß der Belagerungszustand sofort aufgehoben und
insbesondere die Freiheit der Person und der Presse
sowie das Vereins- und Versammlungsrecht herge-
stellt wird.“

Dafür stimmten nur die Vertreter der beiden
sozialdemokratischen Fraktionen und der Polen.

In der Debatte brachte Dr. Cohn (U. S.) zur
Sprache, daß die Zensur neuerdings den Ruf
der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten
des Reichstags „Männer und Frauen des werktätigen
Volkes“ verboten habe, der zu kräftigen Willens-
kundgebungen der werktätigen Bevölkerung gegen die
Annexionspolitiker und für einen Verständigungs-
frieden aufruft. Der Redner protestierte gegen dieses
Verbot und verlangte, den ganzen Belagerungszustand,
der noch keine Stunde zu Recht bestanden habe, auf-
zuheben.

Abg. Dittmann (U. S.) verwies darauf, daß
das Oberkommando in den Marken und die Ober-
zensurstelle den ganzen Bericht des Unabhängigen
Sozialdemokratischen Zeitungsdienstes über die vor-
hergehende Sitzung der Budgetkommission verboten
habe, und zwar lediglich wegen des einen Satzes in
der Rede des Abg. Ebert:

„Auch die deutschen Arbeiter sind über die Vor-
gänge in Bresch-Bittowal außerordentlich erregt, er
könne erklären, auch die deutschen Arbeiter seien
entschlossen, das letzte und äußerste Mittel anzu-
wenden, um den Frieden herbeizuführen.“

Im Vorwärtsbericht sei der Satz fast wörtlich
Wiederholend so wiedergegeben. Er erhebe den
schärfsten Einspruch gegen dieses Verbot. Im übrigen

werde er im Plenum rückwärts die ganze Hand-
habung des Belagerungszustandes geißeln.

Major Braun gab zu, daß es genügt haben würde,
den einen Satz statt des ganzen Berichtes zu verbieten.
— Abg. Erzberger rief, dem betreffenden Zensur die
Reichsverfassung in die Hand zu geben, deren Art. 22
wahrheitsgemäße Berichte über die Verhandlungen
des Reichstages von jeder Verantwortlichkeit aus-
schleide. Das beziehe sich auch auf die Kommissions-
verhandlungen, wie das Reichsgericht wiederholt ent-
schieden habe. — Abg. Scheidemann (S.) bezeich-
nete das von Dittmann zur Sprache gebrachte Verbot
als noch toller wie das Vorwärtsverbot. Er schloß
sich im übrigen dem Abg. Erzberger an. — Abg.
Ebert (S.) erklärte, der verbotene Bericht habe seine
Ausführungen im wesentlichen richtig wiedergegeben.

Auf Antrag des Petitionsberichterstatters Doh
(S.) beschloß der Ausschuß, daß Verfass- und Beleg-
schaftsversammlungen künftig ohne Anmeldung statt-
finden können.

Verfolgungen in Frankreich.

Kurz vor der Verhaftung Caillois ist von den
französischen Gerichten das Ehepaar Mayour, das
Herausragendes in der Gewerkschaft der Lehrer ge-
leistet hat, zu je zwei Jahren Gefängnis und 1000
Mark Geldstrafe verurteilt worden wegen defamistischer
(kriegsfeindlicher) und alarmistischer Propaganda.

Worin besteht das Verbrechen dieser beiden? Hören
wir Raoul Vercaul im „Journal du Peuple“:

„Man kennt das Verbrechen der Mayour; es ist
entsetzlich. Sie haben die Kühnheit gehabt, ein Wort
herauszugeben, in dem sie die Aktion der syndika-
listischen Lehrer während des Krieges behandelten,
und in dem sie natürlich in bezug auf den Krieg
ihren eigenen Gedanken auseinandersetzen.“

Das Strafgericht von Angoulême hatte ihnen für
diese erschütternd skandalöse Handlung sechs Monate Ge-
fängnis indultiert.

Der Procureur der Republik Angoulême, Herr
Githil, der wahrscheinlich seinen republikanischen Ur-
sprung und seine Beziehungen zu den Sozialisten von
Zarn-et-Garonne vergessen hat, erachtete, daß das
ungenügend sei. Auf seinen Antrag hat der Gerichts-
hof zu Bordeaux die Gefängnisstrafe, die unsere bei-
den Genossen traf, auf zwei Jahre erhöht.

Helene Brion, Suzanne Dufour, Ruffard, die
Mayour, noch andere

„Auch was für eine schöne Art ist das, den ener-
gischen Krieg zu führen.“

Helene Brion, die bereits früher verhaftet
wurde, hat „Schlimmeres“ getan. Sie hat für den
Frieden Propaganda gemacht. Obwohl sie von der
Aussenwelt durch Gefängnismauern abgeschnitten ist,
scheint die französische Regierung sie noch zu fürchten:
Postkarten mit ihrem Bilde, die verkauft oder ver-
teilt wurden, hat ihre Regierung verboten!

Helene Brion ist Zimmerwalderin. Sie verbreitete
die Zimmerwalder Ideen, besonders die Schriften
Merrheims und das schlimmste — sie verteilte ein
kleines Papier, auf dem stand: „Genug der getöteten
Menschen; Friede!“

Grund genug, sie ins Gefängnis zu stecken. War
ihre Verhaftung der Anfang eines scharfen Vorgehens
gegen alle Zimmerwalder?

Konsumgenossenschaften und Arbeiter.

Wir werden um Ausnahme folgender Zuschrift ge-
beten: Unter obigem Titel ist in Nr. 41 des „Mit-
teilungsblattes“ vom 6. Januar ein Aufsatz erschienen,
der nicht unwidersprochen bleiben darf, da er geeignet
ist, die ohnehin schon in der Arbeiterbewegung herr-
schende Unklarheit über genossenschaftliche Begriffe noch
mehr zu veräueln.

Wenn der Verfasser jener Notiz fragt, wo die
Ideale geblieben sind, von denen vor Jahren die Ge-
nossenschaftsbewegung erfüllt war, so mag er nur die
neuere Genossenschaftsliteratur lesen. Dort wird er
die Frage beantwortet finden. Sie sind auch heute
noch da, diese Ideale, und man arbeitet tüchtig, um
sie der Verwirklichung näher zu bringen. Im Jahr-
gang 1917 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“
— um nur ein Beispiel anzuführen — hat erst Prof.
Staudinger, einer der bekanntesten Theoretiker des mo-
dern Genossenschaftswesens in einer langen Reihe
von Artikeln die Grundzüge einer zeitgemäßen genossen-
schaftlichen Betätigung erörtert. Diese Artikelserie ist
in Broschürenform unter dem Titel: „Soziale Began-
genheiten“, kurz vor Jahreschluss im Verlage des
Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erschienen.
Nur lehnt der Zentralverband es ausdrücklich ab, die
in der Schrift niedergelegten Grundsätze in vollem Um-
fange als sein eigenes Programm anzuerkennen, jedoch
mit dies der Tatsache keinen Abbruch, daß jene Grund-
sätze zum größten Teil — bewußt oder unbewußt —
in der modernen Genossenschaftsbewegung angewendet
werden. In Deutschland sowohl, als auch anderswo
in der genossenschaftlichen Internationale. Hier würde
der Verfasser des Aufsatzes im Mitteilungsblatt jene
Ideale wiederfinden, die er vermisst. Allerdings wird
kein vernünftiger Genossenschaftler der Meinung sein,
die Genossenschaft sei das Allheilsmittel für alles, was
uns drückt und schmerzt. Sie ist nur eine der Wap-
fen, mit denen kapitalistische Willkür und Uebermacht
bekämpft werden muß.

Die Verufung auf das Bützburger Programm der
sozialdemokratischen Partei ist gleichfalls nicht am
Platz; denn das gerade ist die schwächste Seite jenes
Programms, daß es noch immer zu wenig Rücksicht
nimmt auf die Notwendigkeit eines systematischen Auf-
baues der wirtschaftlichen Grundlagen einer sozialde-
mokratischen Gesellschaftsordnung, die wir ja verwirk-

lichen wollen. Nach Karl Marx ist doch die jeweilig
herrschende Gesellschaftsordnung nur der politische
Ueberbau auf der als Grundlage dienenden be-
stimmten Wirtschaftsform. Die bürgerliche Gesellschafts-
ordnung konnte sich nur dort durchsetzen, wo die kapi-
talistische Wirtschaftsweise vorhanden oder doch in der
Entwicklung begriffen war. Eine sozialistische Gesell-
schaftsordnung wird nicht existieren können, ohne eine
ihre eigentümliche Wirtschaftsform als Ueberbau. Diese
Wirtschaftsform kann nicht plötzlich und als Ganzes
nach Einführung der sozialistischen Gesellschaftsord-
nung geschaffen werden, wie vielsach noch in unserm
Kreis angenommen wird. Die Erfahrungen der rus-
sischen Revolution sollten übrigens in dieser Hinsicht
auch weniger Einseitigen die Augen geöffnet haben.
Die Wirtschaftsform der kommenden gesellschaftlichen
Periode muß schon jetzt vorbereitet, in ihren wichtigsten
Grundamten aufgebaut werden, wenngleich sie ihren
völligen Ausbau und ihre höchste Entfaltung erst nach
Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung er-
reichen wird. Die wechselseitige Beeinflussung der po-
litischen gesellschaftlichen Ordnung und der ihr eigen-
tümlichen Wirtschaftsweise muß in Zukunft weit mehr
von der Arbeiterbewegung beachtet werden, als bisher.
Die einer sozialistischen Gesellschaft eigentümliche Wirt-
schaftsform kann nicht kapitalistischer Natur sein, d. h.
nicht das Streben nach individuellem Profit als Mit-
telpunkt und Angelpunkt des ganzen Systems haben,
wie die jetzige Wirtschaftsweise. Sie muß vielmehr
auf gemeinschaftlicher, auf Gemeinschaftstreben ent-
stehender Grundlage aufgebaut, und das will heißen,
sie muß genossenschaftlich organisiert sein. Monopole
können immer nur für eine beschränkte Zahl und ge-
wisse Formen von Produktions-Einrichtungen in Frage
kommen. So wird die genossenschaftliche Gütererzeu-
gung und -verteilung die ökonomische Basis des So-
zialismus bilden; aber nicht wie näherweise hier und
dort behauptet wird, denselben ergeben. Genossen-
schaftliche Betätigung wird auch den politischen Kampf
der Arbeiterklasse nicht überflüssig machen; aber sie
wird ihm erst seinen schließlichen Erfolg sichern.
Gewiß hat die Genossenschaftsbewegung aus dem poli-
tischen Kampf der Arbeiterklasse schon Vorteile gezogen
und das wird auch ferner so sein, erst er mög-
lichst aber wird jene durch diesen nicht; denn sonst
müßte es in Ländern ohne oder mit rückständiger po-
litischer Arbeiterbewegung keine Genossenschaftsbewe-
gung geben. Beide ergänzen sich, das ist die Wahr-
heit und diese kann der Arbeiterklasse nicht so gering
vor Augen geführt werden. Das Bützburger Pro-
gramm tut dies nicht in genügender Weise. Es wird
sich zeigen, ob wir geneigter sein werden, den Zeit-
umständen und den Erfordernissen der Zukunft mehr
Rechnung zu tragen und dafür einige liebgewordene
Schlagwörter über Bord zu werfen.

Die Tatsache, daß einige genossenschaftliche Unter-
nehmungen Kriegsgewinne gemacht haben, gibt dem
Verfasser der bewußten Notiz Anlaß zu heftiger Kritik.
Man hätte sich davon fernhalten und solche Gewinne
vielmehr der Öffentlichkeit hemmigeren sollen, da man
hätte man die Interessen der Verbraucher gewahrt.
Mit Verlaub, so darf man die Dinge wohl doch nicht
betrachten. Durch noch so laute Proteste hätte man
sicher nicht das geringste erreicht. Geschimpf ist doch
wohl schon genug worden, ohne daß dies den Kriegs-
gewinnlern auch nur den kleinsten Abbruch getan habe.
Protestiert haben die Organe der Genossenschaftsbewe-
gung bei jeder Gelegenheit laut und deutlich genug.
Demonstrativ beiseite stehen aber konnten sie gar nicht,
da sie ja in der heutigen Zeit ebenso wenig unum-
schranke Herren der genossenschaftlichen Betriebe sind,
wie andere Unternehmer in den ihren. Die Militär-
behörden haben bekanntlich das Recht der Requisition.
Wäre dies aber auch nicht der Fall, so würde man
durch ein Beiseitestehen nichts anderes erreichen, als
daß einige Millionen Gewinne ebenfalls noch in die
hiesigen Händen Säckel kapitalistischer Unternehmer ge-
flossen wären, wovon die Allgemeinheit keinerlei Vor-
teile gehabt hätte, wie im Falle der „Produktion“ in
Hamburg, die statt dessen Tausenden von Arbeiterkin-
dern eine dauernde Gelegenheit zur Erholung und
Kräftigung verschaffte. Auch die übrigen genossen-
schaftlichen „Millionengewinne“ — es sind ihrer wirklich
nicht viele — werden nach dem Kriege ihre stöbliche
Ursache erleben, in einer Form, die dem kapitalistischen
Regime sicherlich mehr Abbruch tun wird, als alle
möglichen noch so scharfen Proteste. Nicht „abfinden“
haben sich die genossenschaftlichen Organe lassen, mit
einigen Millionen für die Genossenschaftskassen, denn
sie ziehen keine persönlichen Vorteile aus diesen Kassen.
Genossenschaftskassen sind öffentliche, sind Gemein-
schaftskassen im wahren Sinne des Wortes, denn niemand
ist von ihrer Nutznießung ausgeschlossen. Niemand,
er mag religiös oder politisch glauben und denken
was er will. Man wird ihn nicht danach fragen,
wenn er die Absicht hat, sich als Verbraucher wirt-
schaftlich zu organisieren und sich dadurch auch auf
diesem Gebiete von kapitalistischer Ausbeutung und
Bedrängung zu befreien.

B. Rieble.

Die obigen Ausführungen liefern den Beweis, wie
notwendig die von uns veröffentlichten Darlegungen
waren. Man kann der Konsumbewegung gar keinen
schwierigeren Dienst leisten als durch die außerordentliche
Ueberschätzung, die ihr von gewissen Anhängern zuteil
wird und die auch im vorliegenden Artikel zum Aus-
druck kommt. Der Warenkauf im Großen, die
Eigenproduktion und eine großzügige Warenverteilung
haben zweifellos ihre Vorzüge, besonders dann, wenn
der Unternehmergewinn den konsumierenden Mitglie-
dern bzw. ihren eignen Unternehmen zugute kommt.
Diese Unternehmer aber so hinzustellen, daß sie im
Zeitalter der Monopolisierung der Großbetriebe die
„ökonomische Basis des Sozialismus bilden“, das zeigt
von der Ueberschätzung, gegen die sich mit vollem
Recht der von uns veröffentlichte Artikel wendet. Ver-
dächtig, um auch eine andere Ansicht zur Geltung
kommen zu lassen, haben wir geglaubt, auch die obige
Einsendung veröffentlichen zu sollen.

Für unsere Jugend.

Um den Frieden.

Die Frage, die jetzt alle Menschen beschäftigt, die in den Parlamenten und den Amtszimmern der Staatsmänner ebenso leidenschaftlich erörtert wird, wie in den armseligen Proletarierwohnungen, ist die Friedensfrage. In vielen Millionen von Menschenherzen auf beiden Seiten der Schützengräben brennt der heiße Wunsch nach einem Ende des Völkermürgens, der Vernichtung von Kulturwerten, sehnt man sich nach dem Anbruch friedlicher Tage, nach der Möglichkeit, aufbauende, fruchtbare Arbeit verrichten zu können. Es ist daher nur zu natürlich, daß die Friedensfrage und das Friedenssehnen auch in unserer Arbeiterjugend lebendig sind. Auch die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen wünschen, daß ihre Väter, Brüder usw., die der harte Kriegszwang von ihrer Seite gerissen hat, wieder in ihre Mitte zurückkehren möchten, sie ersehnen ein Ende der Kriegsnöte und Entbehrungen, erwarten ein Ende des Kriegszustandes, in dem ihre Arbeitskraft durch Aufhebung der Jugendschutzgesetze gleichsam vogelfrei dem Produktionsprozesse ausgeliefert worden ist. Und mancher unserer 16- und 17-jährigen Freunde mag sich oft die bange Frage vorgelegt haben, ob er nicht auch in Kürze hineingerissen werde in das graufige Waffenspiel. Und gar mancher, dem es ernsthaft ist um die proletarische Jugendbewegung, sehnt den Tag herbei, an dem er mit gleichgesinnten Jugendgenossen, frei von allen Hemmungen der Kriegszeit, herangehen kann an die Arbeit zu körperlicher und geistiger Gesundung der arbeitenden Jugend, an der leider die demoralisierenden Wirkungen des Krieges nicht spurlos vorübergegangen sind.

Darum ist es wohl angebracht, auch an dieser Stelle zu unseren jungen Freunden vom Frieden zu reden. Wenn es den Jungmännern der Jugendwehrlinien usw. gestattet wird, an den Versammlungen der „Vaterlandspartei“ teilzunehmen und die Friedensauffassungen ihrer Kreise anzuhören, muß es der arbeitenden Jugend auch erlaubt sein, die Friedensfrage vom Standpunkt der sozialistischen Weltanschauung aus verstehen zu lernen.

Manchem unserer Freunde wird nicht recht verständlich sein, daß trotz des Friedenssehnsens von Millionen, trotz vieler Friedensreden von Ministern und Politikern, trotz zahlloser Zeitungsartikel über den Frieden, doch kein Frieden werden will. Sie kennen sich in den Irrgängen der äußeren und inneren Politik nicht aus, finden sich in dem widerspruchsvollen Wust von Zeitungsartikeln nicht zurecht und können den Zusammenhang der mit der Friedensfrage zusammenhängenden Dinge nicht überschauen, da der Weltkrieg fast alle Probleme der Politik und des Kulturlebens in Fluß gebracht hat. Versuchen wir es daher, die wichtigsten Strömungen, die in der Friedensfrage um Geltung ringen, unseren Lesern in kurzen Strichen klar zu machen.

Zunächst ist da festzustellen, daß, wie der Krieg so auch die Friedensfrage eine Machtfrage ist, d. h. in allen Ländern ringen die Kräfte, die eine Fortsetzung des Krieges bis zur endgültigen Siegesentscheidung erstreben, mit den Kräften, die eine baldige Beendigung des Weltkrieges wollen. Die kriegerischen Gewalten sind überall noch sehr stark, sie verfügen über alle Machtmittel des Staates, zu ihnen zählen einflussreiche Schichten der gebildeten und besitzenden Volksklassen, sie haben auch zahllose Zeitungen zur Verfügung. Die Staatslenker der kriegsführenden Länder reden zwar viel von Frieden, aber jeder behauptet von seinem Gegner, daß der den Frieden nicht wolle, daß der Gegner wilde Eroberungsgelüste habe und daß daher nicht eher Friede sein könne, bis der Gegner mit der Schärfe des Schwertes zum Nachgeben gezwungen sei. Mit solchen Anschauungen kommt man trotz allen Redens über den Frieden dem Frieden selbst nicht näher.

Neben diesen Leuten, die einen sogenannten „Schwertfrieden“ haben wollen, gibt es andere, die zwar für einen baldigen Frieden zu haben wären, die aber dabei mit allen diplomatischen Listen recht viel für die eigenen Interessen heraus schlagen möchten. Diese Leute sind bestrebt, durch direkte oder indirekte Eroberungen, so wie sie durch

den bisherigen Verlauf des Krieges möglich sind, dem Gegner Abbruch zu tun, um das eigene Land für etwaige spätere Kriege — schon jetzt, mitten im Toben des Weltkrieges rechnen schon viele Leute mit künftigen Kriegen! — recht stark zu machen. Solche Pläne und Absichten erregen selbstverständlich auf der Gegenseite keine Neigung, Frieden zu schließen. Die Kriegstreiber auf dieser Seite erhalten dadurch nur Stoff, ihrem Volke zu sagen: Seht, der Gegner stellt an uns Forderungen, auf die wir um der Ehre oder der Sicherheit oder des wirtschaftlichen Gedeihens unseres Landes willen nicht eingehen dürfen.

Es liegt auf der Hand, daß weder die kriegerische, noch die diplomatische Friedensmethode die geplagte Menschheit einem baldigen Frieden näher bringen kann. Zum Glück gibt es aber auch eine dritte Friedensmöglichkeit. Diese lautet: Keine gewalttätigen Eroberungen, keine Kriegsenttäuschungen und Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Kein Land soll durch gewalttätige, direkte oder indirekte Eroberungen geschwächt werden, nur dadurch können alle Gedanken an Rache und Wiedervergeltung unterdrückt, alle Keime zu neuen Kriegen vernichtet werden. Auch der Verzicht auf Kriegsenttäuschungen macht solche Rachegeanken unmöglich. Angesichts der ungeheuren Kosten des Weltkrieges wäre es auch keinem Lande möglich, viele Milliarden an Kriegsenttäuschung zu zahlen. Nur durch den friedlichen Wirtschaftsverkehr und durch verständigen Austausch von Rohstoffen und Waren können die Völker von den furchtbaren Wunden genesen, die der Weltkrieg dem Wirtschaftsleben geschlagen hat. Das Selbstbestimmungsrecht aber soll den Völkern das Recht geben, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen, sich eine Staatsform und Staatszugehörigkeit zu schaffen, die ihren Interessen und Wünschen entspricht.

Mit dieser Losung sind die russischen Sozialisten an die Friedensverhandlungen herangegangen aber noch nicht durchgedrungen. Denn die Zahl der kriegerischen und diplomatischen Gegner dieser Losung ist in allen Ländern noch sehr groß. Es ist das auch nicht zu verwundern; stemmen sich doch immer und überall die kapitalistischen Gesellschaftsklassen stets dagegen, wenn mit Ernst und Nachdruck sozialistische Forderungen erhoben werden. Der Sozialismus verfügt nicht über die starken Machtmittel, über die die Anhänger eines „Schwertfriedens“ oder eines diplomatischen Machtfriedens verfügen. Aber er ist stark und mächtig, wenn er sich stützen kann auf die zahlreichste Schicht des Volkes, die auch im Wirtschaftsleben eine ausschlaggebende Rolle spielt, — auf die Arbeiterklasse, die ja in ihrem eigenen Interesse die Verfechterin des sozialistischen Gedankens sein muß. Mögen in Rußland die revolutionären Wirren noch nicht zu einer Klärung der inneren Lage Rußlands geführt haben, das eine steht fest, daß die große Masse der russischen Arbeiter und Bauern auf dem Boden der sozialistischen Friedenslosung steht.

Und es ist anzunehmen, daß auch in England und Frankreich die Zahl der Arbeiter, denen an der Herbeiführung eines baldigen und dauernden Friedens gelegen ist, immer größer wird, so daß auch sie mit aller Kraft und Deutlichkeit für einen baldigen und dauernden Frieden eintreten.

Das sind in großen Umfassen und ohne auf Einzelheiten und auf das Durcheinander der politischen Tagesereignisse einzugehen, die Richtungen, die um den Frieden ringen.

Jungen Arbeitern, die in die Schule des Sozialismus gehen, braucht kaum gesagt zu werden, welcher Friedenslosung sie ihre Sympathie zuzuwenden haben.

Einigung

in der Groß-Berliner Jugendbewegung.

Fast zwei Jahre sind seit der letzten Trennung der Groß-Berliner Jugendbewegung vergangen. Vom Beginn der Krise an hat es nicht an Verständigungsversuchen gefehlt, die jedoch alle restlos gescheitert sind. Die Verhandlungen im April 1916 wurden vom Jugend-Bildungsverein erschwert. Es erfolgte dann die Parteilosung, die die damals noch an die Partei angelehnte Jugendbewegung beeinträchtigte. Im

Januar 1917 wurde die Berliner Arbeiterjugend auf neuen Grundlinien aufgebaut, die im April einer gründlichen Revidierung unterzogen wurden. Innerhalb dieser Zeit wurden wieder Versuche zum Zusammenschluß gemacht, die fast zum Ziele führten. Der Jugendbildungsverein braug jedoch im letzten Augenblick die Verhandlungen ab; wie es sich jetzt herausgestellt hat, weil er über die Organisationsform der anderen Richtung, der jetzigen Vereinigung Arbeiterjugend, nicht richtig informiert war. Gerade Ende Dezember vorigen Jahres wollte man von der Vereinigung Arbeiterjugend neuerlich versuchen Verhandlungen einzuleiten, als im Januar d. J. in dieser Rubrik des „Mittelungsblattes“ der Artikel „Küßlich und Küßlich“ erschien. Dieser hatte die Wirkung, daß man sich im Jugend-Bildungsverein zu neuerlichen Verhandlungen bereit erklärte. Bei einer gemeinsamen unverbindlichen Besprechung konnte man mit Befriedigung feststellen, daß man auf beiden Seiten nicht nur zu einer Verschmelzung bereit ist, sondern daß auch über die bestehenden Streitfragen eine Verständigung wahrscheinlich ist. Ueber die organisatorischen Fragen dürfte man sich bald verständigen. Eine aus 80 Mitgliedern bestehende Kommission soll sich mit den Vorarbeiten befassen und diese so weit erledigen, daß in einer Mitgliederversammlung nur noch Beschluß gefaßt zu werden braucht. Die Mitglieder der einzelnen Vereinigungen werden vorher noch ausreichend Gelegenheit haben, sich mit den Vorschlägen zu beschäftigen.

Kommt der Zusammenschluß zustande, so wird in Berlin eine Jugendbewegung entstehen, die etwas zu leisten verspricht. Aber nicht nur in Berlin sollen die Massen zusammengefaßt werden, sondern im ganzen Deutschen Reich. Hier wird unserer Jugendbewegung eine ungeheuer große Aufgabe gestellt, die zu erfüllen große Opfer fordern wird, sowohl materieller als besonders persönlicher Art. Doch davor darf nicht zurückgeschreckt werden. Ein besonderes Ziel wird es aber sein, die augenblicklichen Anhänger der Zentralstelle für uns zu gewinnen, indem wir sie von der Ehrlichkeit und Wichtigkeit unserer Sache überzeugen.

Auf die Bedeutung der Jugendheime weist erneut der preussische Unterrichtsminister hin und ersucht die Regierungspräsidenten und den Oberpräsidenten in Potsdam, dieser wichtigen Angelegenheit ihre besondere Fürsorge zu widmen. Insbesondere soll der Unterhalt und Ausbau der vorhandenen und die Schaffung neuer Heime tatkräftig gefördert werden.

Dazu sagt der „Vorwärts“:

„Auch die Arbeiterschaft hat bisher ihre Jugendheime nach Möglichkeit offen zu halten versucht und bedeutende Mittel dafür aufgewendet. Dies wird natürlich immer schwieriger. Es ist daher zu hoffen, daß entsprechend dem Erlasse des Unterrichtsministers auch unsere Arbeiterjugendheime der erwähnten „besonderen Fürsorge“ teilhaftig und eventuelle Unterstüzungsgesuche ohne jede Voreingenommenheit geprüft werden. Dies um so mehr, als gerade unsere Jugendheime — wie auch von bürgerlicher Seite schon anerkannt worden ist — wertvolle Bildungs-Heimstätten für die arbeitende Jugend sind und, namentlich in den kalten Wintermonaten, einen sehr starken Bedarf aufweisen.“

Es ist richtig, daß die Arbeiterschaft mit großen Opfern aus eigenen Mitteln Jugendheime ins Leben gerufen hat und unterhält. Bei der bekannten Bevormundungslust und der Art der Behandlung gerade der arbeitenden vorwärtsstrebenden Jugend glauben wir, daß es angeht, sie sich auf sich selber zu verlassen und, wenn auch mit Opfern, so doch aus eigener Kraft, die Einrichtungen zu schaffen und aufrecht zu erhalten, die unsere der Aufklärung und Erholung bedürftige arbeitende Jugend benötigt.

Sparzwang zugunsten des Arbeitgebers. Ein von einem Buchdruckereibesitzer zu seinen Gunsten angewandtes Sparzwangssystem erklärte das Gewerbegericht Duisburg in einer loebten amtlich veröffentlichten Entscheidung für ungültig. Der Kläger in dem betreffenden Prozesse war vier Jahre als Lehrling und dann noch einige Zeit als Gehilfe tätig. In den letzten dreiviertel Jahre waren ihm vom Wochenlohn 150 Mk. zurückbehalten worden, die er erst nach fünfjähriger Tätigkeit ausbezahlt erhalten sollte. Im Falle eines früheren Verlassens der Stellung sollte der angesammelte Betrag als zugunsten des Arbeitgebers verfallen gelten. Der Kläger jocht mit Erfolg diesen Vertrag an und erreichte die Verurteilung des Beklagten zur Auszahlung der 63 Mk. Spargelder. Die Abrede, so heißt es in der Begründung, verstoße gegen §§ 115 und 117 der Gewerbeordnung. Der Sparzwang sei hier augenscheinlich weniger dazu bestimmt, die Lage des Gehilfen zu verbessern, als die Arbeitskraft möglichst lange an den Betrieb zu fesseln. Der drohende Verlust der Spareinlagen im Falle vorzeitiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses soll den Gehilfen veranlassen, mindestens fünf Jahre zu bleiben. Die Wohlthat des Sparens tritt gegenüber diesem Zwange völlig in den Hintergrund und der Sparrer gerät dadurch in ein Abhängigkeitsverhältnis

zum Arbeitgeber. Auch die Kündigungsfreiheit wird dadurch in unzulässiger Weise beeinträchtigt. Die Vereinbarung könne darum nicht als rechtmäßig angesehen werden.

Wie man sieht, muß der Spazertag dazu herhalten, lediglich dem Interesse des Arbeitgebers zu dienen, wie er sich überhaupt nur einseitig auf eine bestimmte Klasse der arbeitenden Jugendlichen beschränkt.

Veranstaltungen.

Vereinigung Arbeiterjugend Süd-Ost. Jeden Mittwoch findet bei Frau, Adalbertstraße Nr. 67 ein Unterhaltungsabend, am Montag, den 11. und 25. Februar ein Mädchenabend statt. Sonntag, den 10. und 24. Februar Wanderung. Näheres auf den Veranstaltungen.

Arbeiter-Jugendheim I, Brunnenstraße 70. Jeden: 1. Montag: Vortrag des Genossen Däumig. 2. Dienstag: Unterhaltungsabend.

Aus der Bewegung.

Wie Frau Juchacz zum Sozialismus erzieht! In Brandenburg fand am 24. Januar eine gut besuchte Frauenversammlung statt, in der Frau Juchacz, der Bielefeld-Verlag im Parteivorstand der Abhängigen, über die „Frauen und der Krieg“ referierte. In salbungsvollem Ton schilderte sie, wie bald nach Kriegsausbruch der Schreck der Fabrikanten nachgelassen habe, wie sie ihre Beiräte auf Kriegsindustrie einstellten und die Frauen in allen Vornamen an Stelle der eingezogenen Männer traten.

Für die schweren körperlichen und seelischen Leiden, insbesondere der verheirateten Frauen, weiß sie keine andere Klage, als daß „Armut und Schönheit“ verloren gehen. Für alle Mängel der Kriegsvorsorge, der ungenügenden sozialen Einrichtungen für die arbeitenden Frauen und deren Kinder kein Wort der Kritik! Nur immer ein braves Bitteln, „man“ müsse doch das alles mehr ausbauen! Die Ernährungsmethode habe zwar „Schiffbruch gelitten“, aber „die Verhältnisse waren so stark, daß wir nicht mehr erreichen konnten“.

Frauenwahlrecht und Frieden ist der Weg zur Errettung all der schönen „erstrebenswerten“ Dinge, die das deutsche Volk zu seiner Glückseligkeit nötig hat. Organisiert sich die Frau und liest sie die Zeitung, dann bekommt sie Klassenbewußtsein und lebt sich so fast in den Zukunftsstaat hinein. Das sind ja nur „kleine Pflichten“ sagt Frau Juchacz. Das bisherige Zeitunglesen ist weder anstrengend noch kostet es viel. — Nun, diese Sorte Klassenkampf wird wahrscheinlich keinem weh tun. Weber denen die kämpfen, noch denen die bekämpft werden.

Eine Diskussion war nach Mitteilung der Vorsitzenden vom Oberkommando nicht genehmigt worden, sondern nur „Fragestellung“. Dieser enge Rahmen wurde von der Versammlungsleiterin absichtlich noch mehr beschränkt, sie ließ nur Fragen zu, die sich direkt auf das Referat bezogen. — Trotzdem wurden eine ganze Anzahl Fragen gestellt, so von Genossin Wurm, die von Frau Juchacz Auskunft erbat: Wie sie sich denn eigentlich die Erreichung all der „erstrebenswerten“ Dinge vorstelle, wenn die Regierungsozialisten, obwohl diese Forderungen auch nicht im entferntesten erfüllt werden, nach wie vor durch Bewilligung von Kriegskrediten und Staats der Regierung ihr Vertrauen aussprechen? Zweitens, ob die alte Fraktion die Kredite weiter bewillige, auch nachdem an den Annexionsabsichten der deutschen Reichsregierung ein Zweifel nicht mehr bestehen könne?

Ein Genosse fragte die so sehr für „Gerechtigkeit“ eintretende Rednerin, wie sie sich denn zur Mahregung der Genossinnen Jeklin und Bielefeld stelle und zur Heldentat des Parteivorstandes, der die Polizei zur Hilfe gerufen habe, als die Genossinnen ihre Forderungen für eine bessere Ernährung und einen baldigen Frieden unterbreiten wollten?

Die Antworten fielen sehr verlegen aus. „Machen wir, daß wir stark genug sind, dann werden wir zu dem vielen, das wir schon erreicht haben, noch mehr erreichen. Weitere Kreditbewilligungen seien abhängig vom Frieden, für den die Unabhängigen noch nichts getan hätten. — Hierauf die richtige Antwort zu geben, war nach dem Schlusswort leider nicht mehr möglich, aber der Verlauf der Versammlung zeigte, daß auch in Brandenburg trotz der einflussreichen Predigten der Abhängigen in den Massen der alte Geist noch lebte!

Reiz für die Ehrenmitgliederschaft. Unter der Stichworte „Ein sozialdemokratischer Vaterlandsparteiler“ schreibt die annexionistische „Deutsche Tageszeitung“ (Nr. 44):

„Daß es auch in der Sozialdemokratie einsichtige Köpfe gibt, die nicht in die urteillose Hege gegen die Anhänger eines die deutsche Zukunft sichernden Friedens einstimmen, beweist die Tatsache, daß im Vorstand des Bundesvereins Oberhessen der Deutschen Vaterlandspartei auch der Führer der Kleiner Sozialdemokratie, Stadtverordneter Krumm, sitzt. Aus Anlaß einer Reichsgründungsfeier, die der Landesverein Oberhessen in Wichen veranstaltete, wurde an den Großherzog ein Telegramm geschickt, in dem er gebeten wurde, „gleich den Königen von Bayern und Sachsen die feste Stegzuversicht der Oeffen öffentlich zum Ausdruck zu bringen und die Bundesratsbevollmächtigten anzuweisen, den Reichskanzler in seinem kraftvollen Auftreten gegen die Feinde und in dem innigen Anschluß an unsere glorreichen Volkshelden Hindenburg und Ludendorff gegen alle Widersprüche tatkräftig zu unterstützen.“ Auch dieses Telegramm, auf das vom Großherzog eine dem Wunsche entsprechende Antwort einging, trug die Mitunterschrift des sozialdemokratischen Führers. Sein Verhalten steht in be-

merkenswertem Gegensatz zu den wüsten Angriffen, die die sächsische Sozialdemokratie gegen den König wegen eines ähnlichen Telegramms lechthin gerichtet hat. Wer dabei die Grundzüge der Demokratie besser weiß, die Herren Fräsdorf und Genossen oder der Stadtverordnete Krumm, bedarf keiner weiteren Untersuchung.“

Herr Krumm hat sich wirklich die Ehrenmitgliederschaft bei der Vaterlandspartei verdient.

Mittwoch: Diskussionsabend.
Donnerstag: Mädchenabend — Reigentänze.
Freitag: Bibliotheksausgabe.
Sonntag: Feldpostabend.
Sonntag: Spielabend.

Jeden 4. Sonntag wird ein größerer Unterhaltungsabend veranstaltet.

Am 10. Februar findet das Stiftungsfest statt. Eintritt 20 Pfennig.

Diese Veranstaltungen, die pünktlich 8 Uhr abends beginnen, pünktlich zu besuchen und dafür zu agieren muß eure erste und vornehmste Pflicht sein.

Die Heimleitung.

Voranzeige. Am Sonntag, den 24. März, nachmittags 5 Uhr, veranstaltet die „Vereinigung Arbeiterjugend Groß-Berlin“ in der Trepion-Sternwarte einen Filmvortrag über „Sitten und Gebräuche fremder Völker“. Der Eintrittspreis ist sehr herabgesetzt und beträgt einheitlich für nummerierte

Plätze 60 Pf. Eintrittskarten sind zu haben im Jugendsekretariat für Groß-Berlin“ und im „Verbandsbüro der sozialdemokratischen Wahlvereine“, beide Schilderstr. 5, Hof, II Treppen, sowie bei sämtlichen Helfern der veranstaltenden Vereinigung.

Zu der am 17. und 23. März stattfindenden Jugendweihe der Berliner Arbeitererschaft sind Billets vom 1. März an vom Jugendsekretariat für Groß-Berlin“, Schilderstr. 5, zu beziehen. Die Eltern der Teilnehmer erhalten Freikarten bei den Vorlesungen, die die freiwillige Gemeinde für die Teilnehmer veranstaltet. Diejenigen Eltern, die ihre Kinder schon zur Jugendweihe angemeldet haben, aber vom Jugendsekretariat noch nicht benachrichtigt worden sind, werden gebeten, sich nochmals zu melden.

Am Sonnabend, den 13. April, veranstaltet die „Vereinigung Arbeiterjugend“ voraussichtlich eine Frühlingsfeier, über die das Nähere noch bekanntgegeben wird.

lungen gründlich zerstört, die am 19. und 20. Januar in Eisenach, Naumburg, Mittelsthal und Fernroda abgehalten worden sind, in denen die Genossen Vock und Dr. Herfeld-Berlin über „Der Friede und die U. S. P.“ referierten. Alle Versammlungen waren weit über Erwartung gut besucht. Die Ausführungen der Redner fanden überall unbedingte Zustimmung, sowohl in bezug auf die Friedensbestrebungen der U. S. P. wie auch in ihrer Haltung zu den Abhängigen. Ein besonderes Gepräge bekamen drei der Versammlungen noch durch die Kundgebungen gegen das denunziatorische Treiben der „Volkszeitung“ und des Herrn Leber, der es versucht, Mitglieder unserer Partei aus der Arbeit zu bringen. Stürmische Entrüstungskundgebungen folgten den Angaben über solches Gebahren. Herr Leber hat sich durch sein Denunzieren eine ordentliche moralische Hinrichtung zugezogen. In allen Versammlungen wurden Mitglieder für uns und Bezahler auf unser Parteiblatt, den General-Anzeiger in Gotha, gewonnen.

Noch ein solcher Stoß und das kleine Flämmchen der Abhängigen ist hier glänzend verlöscht. Die größere Bewegungsfreiheit, deren sie sich erfreuen, kann das nicht verhindern.

Nach langem Schwanken ist nun auch die Entscheidung in dem industriereichsten Orte des Kreises gefallen, unsere Bewegung erhält hier einen festen Stützpunkt.

Das erste Tausend Mitglieder im Mannheimer Wahlkreis erreicht zu haben, können unsere dortigen Genossen mit Genugtuung konstatieren. Und nicht nur sie. Die Angehörigen der U. S. P. werden allerwärts diesen Erfolg begrüßen. Verdient er doch eine besondere Würdigung, wenn man die schwierigen Umstände berechnet, unter denen unsere Mannheimer Genossen nach der Gothaer Tagung Hand ans Werk legten, um auch in der revisionistischen Hochburg des badischen „Musterländle“ Breishe zu legen. Wie Mannheim das Herz der badischen Industrie, so auch der badischen Parteibewegung. Entfiel doch vor Ausbruch des Krieges fast die Hälfte der sozialdemokratischen Parteimitglieder auf den Mannheimer Wahlkreis.

Ob den führenden Geistern der Mannheimer Regierungsozialisten (nicht zu vergessen die dortige „Volksstimme“) bald die Lust vergeht, die Anhänger der U. S. P. als ein kleines Häuflein hinzustellen? Bisher glaubte man mit dieser Methode unserer Bewegung entgegenwirken zu können. Umsonst. Heute steht die Organisation der U. S. P. kraftvoll und geschlossen da, ebenbürtig der Mitgliederzahl der Abhängigen gegenüber. Ob letztere noch tausend zahlende Mitglieder aufweisen können, lassen wir dahingestellt. Die Arbeiter sind es, die in immer größerer Zahl der U. S. P. zufließen. Amüsant war demgegenüber die Versicherung des Landtagsabgeordneten und Parteisekretär Strobel (ein netter Knecht war Fridolin!) im Badischen Landtag, allwo er kürzlich erklärte, daß Reichstagsabgeordneter D. Wed das Vertrauen der Arbeiter in vollem Umfang besitze. Wer's glaubt! Rehmlich wie diese Versicherung wurden in Mannheimer Arbeiterkreisen die krampfhaften Versuche der Strobel, Böttcher usw. belächelt, die jene Herren im Badischen Landtag unternommen, um nachzuweisen, daß sie — die Abhängigen — keine Schuld ob der Stürme in der zur Auflösung gelangten großen Versammlung der Vaterlandspartei treffe. Umgekehrt läßt die Arbeiter das Gezeir über den ungebührlichen Ton usw. in jener Versammlung völlig kalt. Die Entwicklung schreitet vorwärts. Dies Gepräge hatte auch die unlängst stattgefundene erste Kreisversammlung für den Wahlkreis Mannheim-Weinheim-Schwetzingen, die der Wahlkreisorganisation ein festes Gefüge, Statut usw. gab. Neben der Stadt Mannheim marschieren auch die Landorte, voran W o d e n h e i m, wo die U. S. P. heute über 80 Mitglieder zählt. Und wie die Mannheimer Kreisorganisation weiter vorwärts schreitet, so werden sich ihr mehr und mehr andere badische Kreise anschließen.

Aus Thüringen. In den Bezirken, wo die Abhängigen noch einen kleinen Trost von Mitgliedern hinter sich haben, halten sie Versammlungen über Versammlungen ab, um Boden unter den Füßen zu behalten. In Gotha, wo die Abhängigen kein Bänderzeugend zusammenbringen können, war es uns seit Monaten nicht möglich, in einer öffentlichen Versammlung zu den Tagesfragen Stellung zu nehmen; ja selbst die Veranstaltung von Mitgliederversammlungen, die über den Kreis der engsten geschäftlichen Angelegenheiten hinauskommen könnten, sind so gut wie unmöglich. Dort, wo noch Abhängige sich rühren, liegen für sie die Verhältnisse viel günstiger, obwohl das gleiche Generalkommando zuständig ist. Besonders im Kreise Eisenach entfaltete der abhängige Parteisekretär Leber eine fieberhafte Versammlungstätigkeit. Und nach den Berichten in der „Weimarschen Volkszeitung“ konnte man glauben, er hätte den ganzen Kreis in der Tasche. Solchen Traum haben nun vier Versamm-

lungen gründlich zerstört, die am 19. und 20. Januar in Eisenach, Naumburg, Mittelsthal und Fernroda abgehalten worden sind, in denen die Genossen Vock und Dr. Herfeld-Berlin über „Der Friede und die U. S. P.“ referierten. Alle Versammlungen waren weit über Erwartung gut besucht. Die Ausführungen der Redner fanden überall unbedingte Zustimmung, sowohl in bezug auf die Friedensbestrebungen der U. S. P. wie auch in ihrer Haltung zu den Abhängigen. Ein besonderes Gepräge bekamen drei der Versammlungen noch durch die Kundgebungen gegen das denunziatorische Treiben der „Volkszeitung“ und des Herrn Leber, der es versucht, Mitglieder unserer Partei aus der Arbeit zu bringen. Stürmische Entrüstungskundgebungen folgten den Angaben über solches Gebahren. Herr Leber hat sich durch sein Denunzieren eine ordentliche moralische Hinrichtung zugezogen. In allen Versammlungen wurden Mitglieder für uns und Bezahler auf unser Parteiblatt, den General-Anzeiger in Gotha, gewonnen.

Noch ein solcher Stoß und das kleine Flämmchen der Abhängigen ist hier glänzend verlöscht. Die größere Bewegungsfreiheit, deren sie sich erfreuen, kann das nicht verhindern.

Nach langem Schwanken ist nun auch die Entscheidung in dem industriereichsten Orte des Kreises gefallen, unsere Bewegung erhält hier einen festen Stützpunkt.

Das erste Tausend Mitglieder im Mannheimer Wahlkreis erreicht zu haben, können unsere dortigen Genossen mit Genugtuung konstatieren. Und nicht nur sie. Die Angehörigen der U. S. P. werden allerwärts diesen Erfolg begrüßen. Verdient er doch eine besondere Würdigung, wenn man die schwierigen Umstände berechnet, unter denen unsere Mannheimer Genossen nach der Gothaer Tagung Hand ans Werk legten, um auch in der revisionistischen Hochburg des badischen „Musterländle“ Breishe zu legen. Wie Mannheim das Herz der badischen Industrie, so auch der badischen Parteibewegung. Entfiel doch vor Ausbruch des Krieges fast die Hälfte der sozialdemokratischen Parteimitglieder auf den Mannheimer Wahlkreis.

Ob den führenden Geistern der Mannheimer Regierungsozialisten (nicht zu vergessen die dortige „Volksstimme“) bald die Lust vergeht, die Anhänger der U. S. P. als ein kleines Häuflein hinzustellen? Bisher glaubte man mit dieser Methode unserer Bewegung entgegenwirken zu können. Umsonst. Heute steht die Organisation der U. S. P. kraftvoll und geschlossen da, ebenbürtig der Mitgliederzahl der Abhängigen gegenüber. Ob letztere noch tausend zahlende Mitglieder aufweisen können, lassen wir dahingestellt. Die Arbeiter sind es, die in immer größerer Zahl der U. S. P. zufließen. Amüsant war demgegenüber die Versicherung des Landtagsabgeordneten und Parteisekretär Strobel (ein netter Knecht war Fridolin!) im Badischen Landtag, allwo er kürzlich erklärte, daß Reichstagsabgeordneter D. Wed das Vertrauen der Arbeiter in vollem Umfang besitze. Wer's glaubt! Rehmlich wie diese Versicherung wurden in Mannheimer Arbeiterkreisen die krampfhaften Versuche der Strobel, Böttcher usw. belächelt, die jene Herren im Badischen Landtag unternommen, um nachzuweisen, daß sie — die Abhängigen — keine Schuld ob der Stürme in der zur Auflösung gelangten großen Versammlung der Vaterlandspartei treffe. Umgekehrt läßt die Arbeiter das Gezeir über den ungebührlichen Ton usw. in jener Versammlung völlig kalt. Die Entwicklung schreitet vorwärts. Dies Gepräge hatte auch die unlängst stattgefundene erste Kreisversammlung für den Wahlkreis Mannheim-Weinheim-Schwetzingen, die der Wahlkreisorganisation ein festes Gefüge, Statut usw. gab. Neben der Stadt Mannheim marschieren auch die Landorte, voran W o d e n h e i m, wo die U. S. P. heute über 80 Mitglieder zählt. Und wie die Mannheimer Kreisorganisation weiter vorwärts schreitet, so werden sich ihr mehr und mehr andere badische Kreise anschließen.

„Es haben nach dieser Aufmachung gestimmt für die

	Regierungs- Sozialisten	Unabh. Sozialist.
a) gelernte und ungelernte Arbeiter	881	1209
b) Invaliden, Pensionäre, Rentenempfänger	25	21
c) Arbeiter, Meister, Techniker, Ingenieure	24	32
d) Handlungsgehilfen, Büroangestellte	14	13
e) Gemeinde- und Staatsbeamte	10	8
f) Gast- und Schankwirte, Händler, Kaufleute	56	74
g) Fabrikanten, Unternehmer, Rentiers, Privatiers	8	5
	1018	1362

Für die Beweisführung der Abhängigen ist diese Zusammenstellung nicht zu verwerten. Selbst wenn man die „Statistik“ gelten lassen wollte, so würde daraus hervorgehen, daß 127 sogenannte Nichtproletarier gegen 180 ständen, die den Unabhängigen gewählt hätten. Prozentual der abgegebenen Stimmen würde da kein Unterschied bestehen, ganz abgesehen davon, daß heute die Gast- und Schankwirte, Händler vielfach zu den proletarischen Schichten gerechnet werden müssen. Die immerhin erhebliche Zahl der für den Kandidaten der Abhängigen abgegebenen Stimmen ist zum nicht geringen Teil darauf zurückzuführen, daß diesmal zahlreiche Straßenbahner Herrn Rathmann, den Sektionsleiter der Straßenbahner im Transportarbeiter-Verband, gewählt haben. In der Gegend des Trepioner Bahnhofes wohnen viele Straßenbahner und ein Blick in die Wählerliste zeigt, daß die Straßenbahner vielfach Rathmann gewählt haben. Das war um so eher zu erwarten, als für Rathmann die Gelegenheit gegeben war, unter seinen ehemaligen Kollegen leicht Propaganda zu machen. Die abgegebenen Stimmen gelten in erster Linie der Person Rathmanns, als dem Vertreter der Abhängigen.

Die Wahlbeteiligung war auch diesmal eine außerordentlich starke. Der Verlauf der Wahl liefert den Beweis, daß ständig gearbeitet werden muß und unsere Genossen dürfen sich nicht damit trösten, daß alles von selber seinen Gang geht. Aber die Statistik der Abhängigen beweist nichts; sie ist völlig wertlos.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: G. Leib; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 77, Schilderstraße 5.
Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.